

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährlich . . . . . 98.-  
ganzjährig . . . . . 192.-

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (rül)

5 Jahrgang.

Dienstag, 1. Dezember 1925.

Nr. 279.

## Aus einem christlich-sozialen Paradies.

In der Tschechoslowakei, wo für die Förderung der Interessen der Besitzklassen durch die bürgerlichen Parteien der tschechischen Koalition auf das ausgiebigste gesorgt wird, ist es den deutschbürgerlichen Parteien leicht gemacht, ihren Charakter als kapitalistische Parteien zu verhalten und durch Demagogie Wählerfang zu treiben. Die christlichsozialen Parteien beispielsweise war seit jeher eine unentwegte Kämpferin für den Geldsack der Hausherrn, aber bei den Wahlen für das Parlament produzierte sie sich als Freundin und Schützerin der Mieter. Zwar verlag sie auch nicht der Hausherrn, deren Interessen — die Christlichsozialen haben ja sogar zwischen Wölfen und Schafen eine Seelenharmonie entdeckt — mit jenen der Mieter „vereinigt werden müssen“, aber da die Christlichsozialen nicht befürchten müssen, beim Wort genommen zu werden, so traten sie in der Wahlzeit warm für die Mieter ein, deren Schutz „im öffentlichen Leben eine große Rolle spiele“ und zur Erhaltung der Volksgesundheit und zum Schutz der Sittlichkeit notwendig sei. Die Hausbesitzer werden den Christlichsozialen dieses kleine Extempore nicht übel genommen haben, wissen sie doch, daß, wenn es ernst werden würde, sie sich auf ihre Schutztruppe verlassen könnten. Wie mit dem Mieterchutz gingen die Christlichsozialen bei den Wahlen auch mit anderen sozialen Forderungen des arbeitenden Volkes haften, und sie trieben ihre Demagogie so weit, daß sie ihre Partei als die alleinige Retterin der Arbeiter, der Angestellten und des kleinen Mannes ausriefen.

In Oesterreich nun halten die Christlichsozialen mit den Großbesitzern vereinigt die Regierungsgewalt in Händen. Dort können sie ihren Klassencharakter als Partei der Besitzenden und Ausbeuter nicht so gut verkleugern wie hier, und mit oft verkündeten, aber nie befolgten „christlichen Grundfäden“ können sie höchstens nur die allerdümmsten unter den Arbeitern täuschen. Hier könnten sie zeigen, wie sich der „christliche Sozialismus“ im Dienste der Notleidenden und Bedrückten zu betätigen sich der „christliche Sozialismus“ im Dienste der Notleidenden und Bedrückten zu betätigen vermöge, hier könnten sie ihre Versprechungen in die Tat umsetzen. Aber erst unter christlichsozialer Herrschaft wurde Oesterreich so recht zu einem Eldorado der christlichen und jüdischen Wucherer, Ausbeuter und Profitthäner. Die Kapitalisten aller Konfessionen zeigen ihre innigste Zufriedenheit mit dem „christlichen Regime“, das sich in der Tat aufs eifrigste bemüht, allen vertrackten Schwindelbanken hilfreich beizuspringen, eine Steuerpolitik zugunsten der Großen auf Kosten der Kleinen zu betreiben und alle Lasten der Sanierung den breiten Massen aufzubürden. In Oesterreich ist die christlichsoziale Partei unverkühlt was sie in Wahrheit überall ist: der Anwalt der selbsttätigen profitthungrigen kapitalistischen Klassen.

In der letzten Zeit trägt sich die christlichsozial-großdeutsche Regierung gleich mit der Ausführung zweier Attentate auf die unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ohnehin schwer leidende arbeitende Bevölkerung. Sie will die Hungerrationen der Arbeitslosen beschneiden und den Mietern den Mieterchutz rauben. Was jetzt hat die Regierung auch nicht im geringsten das Beispiel der Wiener sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung nachzuahmen gesucht, dem Wohnungslebens durch Errichtung von Wohnungen zu steuern, ihre Presse hat für diese Bemühungen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung n. . . in, Sp. . . und schämige Verdächtigungen übrig gehabt. Auch gegenüber der zunehmenden Zahl der Arbeitslosen ist sie in Unfähigkeit verharret, und alle Grundfäden des christlichen Sozialismus haben nicht ausgereicht, um den armen Arbeitslosen eine halbwegs auskömmliche Unterstützung zu sichern. Jetzt will die Regierung die farge Notstandsunterstützung der Arbeitslosen noch um ganz 30 Prozent kürzen, für die Bauarbeiter soll die Unterstützung überhaupt auf-

## Gramel mit der Kabinettsbildung betraut.

Soehlas Mission an dem Streit um das Unterrichtsministerium gelheitert.

Prag, 30. November. Spät nachts versendet das Pressbureau folgende amtliche Mitteilung:

Um 9 Uhr abends begab sich der Ministerpräsident zum Präsidenten der Republik, um ihm zu berichten, daß sein bisheriger Versuch zur Bildung des Kabinetts wegen Differenzen zwischen der tschechoslowakischen Volkspartei und den sozialistischen Parteien wegen des Widerstandes der Volkspartei gegen die Besetzung des Ressorts für Unterricht und Volkskultur durch einen Sozialisten nicht zum Ziele geführt habe.

Mit Rücksicht darauf erklärte der Ministerpräsident seine Verhandlungen für beendet und referierte dem Präsidenten der Republik mit der Empfehlung, mit den Verhandlungen zur Bildung eines Kabinetts den Vertreter der zweitstärksten Partei, den Minister für Gesundheitswesen, Mgr. Gramel, zu betrauen.

## Wahlen in die preußischen Provinziallandtage.

Schwache Beteiligung. — Noch keine ziffernmäßigen Resultate. — Die Sozialdemokraten überall an der Spitze.

Berlin, 30. November. (Eigenbericht.) In Preußen finden gestern die Wahlen in die Provinziallandtage statt. Nur in Berlin, das außerhalb des Provinzialverbandes steht, waren die Wahlen bereits am 25. Oktober in die Stadtverordnetenversammlung vorgenommen worden. Die Wahlbeteiligung, die außerordentlich gering war, ging stellenweise bis auf 20 Prozent der Wahlberechtigten zurück und stieg nur selten auf 60 Prozent. Unter der Wahlmüdigkeit hatten alle Parteien zu leiden.

Am günstigsten haben verhältnismäßig die Sozialdemokraten abgeschnitten. Am stärksten war der Stimmenverlust bei den Reichsparteien. Bei den Kommunisten ist das Bild bedeutend anders. In einigen Provinzen haben sie sehr schwere Verluste erlitten, in anderen konnten sie sich halten.

gehoben werden. Zur Begründung dieser grausamen Maßregel wird angeführt, der Staat habe kein Geld, er müsse sparen, da er sonst an der Arbeitslosenunterstützung verbankrotte würde. Bei der Besorgung um die bedrohte „Wirtschaft“ fällt es den Christlichsozialen nicht ein, die Bezüge der katholischen Geistlichen zu kürzen, nur die Arbeitslosen sollen daran glauben und nur sie sollen Staat und Wirtschaft retten helfen, indem sie den Hungerriemen noch enger schnallen. Während sich auf diese Weise die Humanität der christlichen Regierung an den Nerven der Armen austobt, hat diese den Namen des Christentums im Munde führende Regierung für eine andere Gruppe ihr Herz erbeutet: für die Hausbesitzer. Den Christlichsozialen zerbricht es das Herz, da sie sehen müssen, daß die Mietzinse noch immer nicht valorisiert sind, das heißt, im Verhältnis zum Geldwerte auf die Vorkriegshöhe gesteigert werden konnten. Und sie wollen nun einen Generalsturm unternehmen, um dieses nach ihrer Meinung fürchterliche Unrecht zu beseitigen.

Was die christlichsoziale Regierung plant, das wird die österreichische Sozialdemokratie als die Vertreterin der großen Massen der Besitzlosen und Minderbemittelten voraussetzlich in der allernächsten Zeit zu einem hartnäckigen, erbitterten Abwehrkampf zwingen, denn wenn die Absicht der christlichsozialen Regierung gelfänge, dann würde die wirtschaftliche und soziale Stellung der arbeitenden Menschen in Oesterreich eine derartige Verschlechterung erfahren, daß deren Aktionskraft im Kampfe gegen die kapitalistische Reaktion vernichtet werden müßte. Die christlichsozial-großdeutsche Regierung müßte dem Mieter zu: vom 1. Feber soll der 200fache Friedensmietzins bezahlt werden, zu dem noch die Betriebskosten und Steuern hinzuzurechnen sind, die gleichfalls auf den Mieter abgewälzt werden sollen. Der Mietzins soll dann von Vierteljahr zu Vierteljahr erhöht werden, und zwar so, daß die Mieter vom 1. Mai 1927 an den 800fachen Friedenszins außer den Betriebskosten und Steuern zu bezahlen haben. Vom 1. Dezember 1928 soll die gesetzliche Regelung des Mietzinses aufgehoben und jeder Hausherr das Recht erhalten, zu verlangen, was ihm beliebt. Noch ärger will die Regierung mit den Beschäftigten verfahren, die für ihre Geschäftsblößen schon am 1. August 1926 den 800fachen Mietzins

überall stehen die Sozialdemokraten an der Spitze der Parteien. Dagegen sind die Völkischen fast völlig aufgerieben.

## Ultimatum der österreichischen Völkler.

Wien, 30. November (Eigenbericht.) Die Vertreter der Post- und Telegraphenangestellten waren heute mittags zum Bundeskanzler geladen, weil sie angeklagt hatten, daß sie heute ein bestelltes Ultimatum überreichen werden. Der Generalpostdirektor machte einen neuen Vorschlag, der aber von den Vertretern nicht angenommen wurde.

Neuerliche Verhandlungen im Laufe des Nachmittags scheiterten, so daß am Abend die Vertreter der Angestellten ein bis Donnerstag, den 3., bestelltes Ultimatum überreichten. Der Bundeskanzler versprach, ihnen eine Antwort baldigt zukommen zu lassen.

Nach einer später eingelangten Nachricht ist es dem Abgeordneten Kommittee gelungen, neuerliche Verhandlungen herbeizuführen, die um 10 Uhr nachts im Ministerratspräsidium begannen und sich sehr äunlich anließen.

zahlen sollen. Es handelt sich hier nicht um Gerüchte, sondern diese Forderungen hat die christlichsoziale Vereinigung im Nationalrat in ihrer letzten Sitzung beschlossen und die Regierung beeilt sich nunmehr, diesen Beschluß in die Form von Paragraphen zu fassen.

Das ist das Christentum und die Menschlichkeit der Christlichsozialen in Reinkultur! Die Arbeitslosen können verhungern und verkommen, die reichen Hausherrn müssen „ge-reitet“ werden. Das unerhörte Attentat auf die Mieter ist sogar der „Neuen Freien Presse“, die sonst der christlichsozialen Regierung treue Gefolgschaft leistet, zu arg und sie meint, es sei primitivste Staatsweisheit, das Mietproblem mit größter Vorsicht anzupacken, da es nicht im Stil eines Hürdenrennens überfallsartig auf den Konsumenten und Produzenten hereinbrechen darf. Von dem heutigen Einkommen wären weder die Arbeiter noch die Staats- und Privatbeamten in der Lage, eine solche Steigerung der Mietzinse zu ertragen, und die Folgen müßten Lohnkämpfe im größten Ausmaße sein, welche nur wieder zur Verteuerung der Waren und zur Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Handels führen würden. Eben jetzt droht ein Streik der Postler, der Telephon- und Telegraphenangestellten auszubrechen, die eine sehr beachtliche Erhöhung ihrer Wirtschaftsprämien um ein Prozent verlangen, doch die Regierung erklärte, diese Forderung nicht erfüllen zu können, weil die verarmte Volkswirtschaft sie nicht zu ertragen imstande sei. Die christlichsoziale Regierung gibt selbst das Beispiel, den Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf höheren Lohn und Gehalt hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen. Aber gleichzeitig will sie darangehen, den Hausbesitzern die volle Ertragsfähigkeit ihrer Häuser zu sichern, ohne jede Rücksicht darauf, ob die Mieter diese schwere Last ertragen können. Die österreichische Arbeiterkraft wird sich gegen die Durchsetzung des christlichsozialen Planes auf das leidenschaftlichste zur Wehr setzen und es wird ihrer Kraft gewiß auch gelingen, die schändlichen Absichten der Regierung zu zunichte zu machen. Gezeigt aber mußte werden, wessen diese christlichsozialen Ketter fähig sind und wessen man sich von ihnen zu versehen hätte, wenn sie die volle Herrschaft bekämen. Oesterreich, das christlichsoziale Paradies, ist eine Warnung!

## Die Immunität des Abgeordneten Tauffl.

Von Dr. Egon Schwelb

Der kommunistische Abgeordnete Hermann Tauffl ist mit Urteil der Sedria (Gerichtshof erster Instanz) in Kaschau vom 11. März 1925 wegen dberer Delikte gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und das alte ungarische Strafgesetz, insbesondere wegen Amtschrenbeleidigung bedingt zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe, einer Reihe von Geldstrafen und zum Verluste des Wahlrechtes (d. i. der Wahlfähigkeit und der Wählbarkeit) verurteilt worden, nachdem er vom aufgelösten Abgeordnetenhaus zur Strafverfolgung ausgeliefert worden war. Um welche Delikte es sich handelt und in welcher Weise sie der Abgeordnete Tauffl begangen haben soll, ist für die Frage, der dieser Artikel gewidmet ist, ohne Belang. Zur Charakterisierung des Vorgehens der Organe der Staatsgewalt sei nur erwähnt, daß Tauffl wegen anderer Delikte angeklagt und verurteilt worden ist, als diejenigen waren, zu deren Abwendung er vom Abgeordnetenhaus ausgeliefert wurde, und daß von der Verteidigung im Verfahren zweiter Instanz der Nachweis geführt worden ist, daß keine der als Behörde „beleidigten“ Personen mehr Beamter ist, sondern daß sie wegen dienstlicher, wie man hört, teilweise auch wegen krimineller Vergehen, suspendiert wurden.

Gegen dieses Urteil der Sedria von Kaschau legten sowohl der Staatsanwalt als auch Tauffl Rechtsmittel ein; die zweite Instanz, die Obergerichte (Oberlandesgericht) Kaschau erhöhte das Ausmaß der Freiheitsstrafe auf 12 Monate und versagte die bedingte Verurteilung. Die Verhandlung über die gegen dieses Urteil der zweiten Instanz überreichten Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obersten Gerichte in Brünn auf den 24. November 1925 angelegt.

Am Tage vor dieser Verhandlung, am 23. November 1925, fand in der Zentralwahlkommission das zweite Struttinium für die Wahlen in die Nationalversammlung statt, bei welchem Tauffl zum Mitgliede des Abgeordneten-hauses gewählt wurde. Trotzdem beschloß das Oberste Gericht, daß im Verfahren gegen Tauffl fortzuführen werden könne und fällt dann am 24. November 1925 mittags seine Entscheidung, mit welcher das Urteil der zweiten Instanz im Wesen bestätigt wurde. Um sieben Uhr abends desselben Tages wurde Abg. Tauffl in Kaschau (!) bereits verhaftet.

Es ergeben sich nun folgende Fragen: 1. War das Oberste Gericht am 24. November 1925 noch berechtigt, das Verfahren gegen Tauffl fortzuführen, obgleich er tags vorher zum Abgeordneten gewählt worden war? 2. Durfte Tauffl am 24. November verhaftet werden? 3. Läßt Tauffl Gefahr, auf Grund des Urteiles des Obersten Gerichtes und der ihm dadurch abgeprochenen Wählbarkeit sein Mandat zu verlieren?

Die Verfassungsurkunde bestimmt, daß Mitglieder der Nationalversammlung für ihre Abstimmung im Parlamente oder in Parlamentsausschüssen überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen werden können und daß sie für dberelbst getane Äußerungen bloß der Disziplinar-gewalt des Hauses, dem sie angehören, unterliegen. (§ 23 der Verf.-Urk.) Zu einer kriminellen oder disziplinären Verfolgung wegen anderer Handlungen oder Unterlassungen ist die Zustimmung des zuständigen Hauses der Nationalversammlung notwendig. (§ 24.) Die Fortsetzung des Strafverfahrens (wenn auch in dritter Instanz) und die Urteilsfällung fällt gewiß unter den Begriff der „strafrechtlichen Verfolgung“ im Sinne des zitierten § 24 der Verf.-Urk. Es ist also auf den ersten Blick klar, daß zur Vernahme dieser Amtshandlungen durch das Oberste Gericht die Zustimmung des Abgeordneten-hauses dann notwendig war, wenn Tauffl am 24. November 1925 Mitglied des Abgeordneten-hauses gewesen ist.

Es ist vorläufig noch nicht bekannt, wie sich das Oberste Gericht, indem es die Weiterführung des Verfahrens beschloß, mit dieser Frage auseinandergesetzt hat. Es verlautet aber, es sei der Standpunkt der Justizverwaltung, daß Tauffl am 24. November 1925 noch nicht Abgeordneter war, da angeblich das Mandat erst durch Ablegung des Gelübisses erworben wird. Die Unrichtigkeit dieser Anschauung erbellt nicht nur aus allgemeinen Grundfäden und den Bestimmungen der Wahlordnung, sondern auch aus dem Wortlaut der Verfassung selbst. § 22, Abs. 3, der Verfassungsurkunde bestimmt nämlich, daß die Mit-

glieder der Nationalversammlung in der ersten Sitzung des Hauses, an der sie teilnehmen, das vorgeschriebene Gelobnis leisten und daß die Verweigerung des Gelobnisses oder ein Gelobnis mit Vorbehalt ohne weiteres den Verlust des Mandates zur Folge hat. Damit hat die Verfassung klar zum Ausdruck gebracht, daß das Mandat nicht erst durch die Ablegung des Gelobnisses, sondern schon vorher (durch die Wahl und das Statutum) erworben wird; denn sonst könnte es durch die Nichtablegung des Gelobnisses nicht verloren gehen. Die Auffassung, daß die Immunität erst mit der Ablegung des Gelobnisses beginnt, könnte das ganze Institut der Immunität wertlos machen: Der Gewählte wird vor Ablegung des Gelobnisses, bevor er also nach seiner Aufhebung immunit ist, verhaftet und zur Beurteilung ohne das Gelobnis ablegen und die Immunität erwerben zu können.

Nun könnte aber, wenn auch die Frage, ob Tausit am 24. November schon Abgeordneter war, zu bejahen ist, eingewendet werden, daß er von dem früheren Abgeordnetenhaus, dem er gleichfalls angehört hat, zur Strafverfolgung ausgeliefert worden ist und daß deswegen, trotz seiner Wiederwahl, ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses das Strafverfahren fortgesetzt werden konnte.

Aber auch dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Dies wird sofort klar, wenn wir z. B. annehmen, Tausit wäre jetzt statt zum Abgeordneten zum Senator gewählt worden. Es ist einleuchtend, daß die Zustimmung des früheren Abgeordnetenhauses zu einer Strafverfolgung des jetzigen Senators nicht hinreichend sein kann, da die Verfassung ausdrücklich die Zustimmung des zuständigen Hauses verlangt. Es ist aber nicht der geringste Grund vorhanden, den Fall einer Wiederwahl zum Abgeordneten anders zu behandeln. Durch die seinerzeitige Auslieferung hat der Abg. Tausit in bezug auf diejenigen strafbaren Handlungen, zu deren Verfolgung vom früheren Abgeordnetenhaus die Zustimmung erteilt wurde, die Stellung eines einfachen Staatsbürgers ohne Immunität erlangt. So, wie zu einer Strafverfolgung jemandes, der früher nicht Mitglied der Nationalversammlung war und jetzt neu gewählt worden ist, nunmehr die Zustimmung des Hauses eingeholt werden muß, so mußte im Falle Tausit, der doch deswegen, weil er auch dem vorigen Parlament angehört hat, nicht schlechter gestellt sein kann, ein neuerliches Auslieferungsgesetz gestellt werden. Zu dem gleichen Ergebnis führt auch eine aus dem Gesetzeswort selbst abgeleitete Erwägung: Wenn das Haus die Zustimmung verweigert, so ist eine Strafverfolgung für immer ausgeschlossen. Eine Bestimmung, daß, wenn die Zustimmung erteilt wird, die Strafverfolgung immer zulässig sei, enthält die Verfassung keineswegs. In der neuen Wahl liegt die Verleihung einer neuen Immunität, die durch Vorgänge, die vor der Wahl vor sich gingen, nicht eingeschränkt sein kann.

Das Oberste Gericht hat sich aber hierüber hinweggesetzt, deswegen steht sein Urteil mit der Verfassung im Widerspruch. Aber selbst wenn dieser Mangel des obergerichtlichen Urteiles nicht vorläge, ist jedenfalls die (mit so ausfallender Schnelligkeit durchgeführte) Verhaftung des Beurteilten unbedingt verfassungswidrig und rechtswidrig. Die Verfassung kennt die Verhaftung eines Mitgliedes der Nationalversammlung nur bei Ertrappung auf frischer Tat, und selbst in diesem Falle muß das Haus sofort verständigt und die Haft dann aufgehoben werden, wenn das betreffende Haus oder — wenn die Nationalversammlung nicht tagt — der ständige Ausschuß, nicht binnen 14 Tagen vom Tage der Verhaftung die Zustimmung zur Haft erteilt.

Das Urteil des Obersten Gerichtes ist formell rechtskräftig, eine Korrektur ist unmöglich. Es ist aber Pflicht des Abgeordnetenhauses, durch Verlangen der Zustimmung zur Haft die Folgen der unrechtmäßigen Verurteilung hintanzuhalten und Pflicht der Regierung, durch entsprechende Antragstellung beim Staatsoberhaupt die sonstigen Folgen der Verurteilung zu tilgen.

Durch das Urteil des Obersten Gerichtes hat Tausit auch die Wählbarkeit verloren. Das Gesetz über das Wahlrecht bietet die Handhabe, ihn wegen dieses nach der Wahl eingetretenen Verlustes der Wählbarkeit, des Mandates zu entlassen. Aber auch diese Forderung ist nicht zwingend. Wenn festgestellt ist, daß das Oberste Gericht entgegen der Vorschrift der Verfassung das Strafverfahren gegen eine immune Person fortgesetzt hat, dann ist sein Urteil, wenn auch formell unanfechtbar, als Urteil einer Behörde, die ihre Kompetenz überschritten hat, nichtig und kann keine Grundlage für eine etwaige Entscheidung des Wahlgerichts auf Verlust des Mandates abgeben. Das Wahlgericht, das dem Obersten Gerichte nicht unterstellt, sondern gleichgeordnet ist, kann durch ein solches mit einem unheilbaren Mangel behaftetes Urteil nicht gebunden sein.

**Die „Giustizia“ erhebt nicht!**  
**Kommunistischer Pressetreibbruch.**  
Die italienische Presse hatte vor einigen Tagen berichtet, daß die Sozialisten „Giustizia“ (Soz.), „Unita“ (komm.) und „Avanti“ (magim.) wieder erscheinen dürfen. Wie man nun in journalistischen Kreisen erfährt, hatten die Leiter des „Avanti“ und der „Giustizia“ der kommunistischen Zeitung die „Unita“ vorgeschlagen, zum Zeichen des Protestes gegen mangelnde Pressfreiheit auf das Wiedererscheinen der Blätter zu verzichten. Aber die Kommunisten hätten erklärt, daß sie die „Unita“ ohne weiteres erscheinen lassen würden. Tatsächlich erscheint auch die „Unita“, während „Avanti“ und „Giustizia“ bis heute noch nicht erscheinen.

**Auf dem Felde der Unehre gelallen:**

# Gattermayers Ende.

**Auch als Streikbrecher nicht mehr zu halten. — Die „Bz“ haben der „Arbeiterzeitung“ mehr Glauben geschenkt als dem Parteiführer. — Um keinen Preis der Welt in den Gerichtssaal!**

Walter Gattermayer ist endlich am letzten Ende der Ruhschbahn angelangt, die seine Karriere darstellte. Es hat eine gute Zeit gedauert, ehe der Päppling der Wiener Faltenkreuzler das Maß voll glaubte, das ihm von einem harten Schicksal zugemessen war. Es bedurfte erst der deutlichen Winke mit einem gewissen Jaunpfahl, ehe Walter Gattermayer sich entschloß, den Kampf für den nationalen Sozialismus, den er mit Viktor Lindenbaum, Boris Goldfeld und Moriz Kollischer, Rahn so erfolgreich geführt hat, aufzugeben. Erst mußte der Parteivorsitzende der Nationalsozialisten Oesterreichs, Herr Schulz, erklären:

„Wenn der Gattermayer nicht einsehe, daß er verschwinden müsse, werde er (Schulz) als erster gehen“.

Dann erst verschwand Walter Gattermayer wirklich. Es lohnt sich anlässlich dieses Abganges nochmals ganz kurz den Werdegang des großen Nationalsozialisten zu überblicken, der jetzt in das Reich eingest, in dem man gern vergessen werden möchte, aber nicht so rasch vergessen werden kann.

Walter Gattermayer, Bundesbeamter und Schriftsteller, ist einer der ersten Führer der österreichischen Nationalsozialisten und der gelben Gewerkschaften Oesterreichs gewesen. Geistig war er geradezu das Haupt der Partei, in der es ja niemals Lieberlauf an Köpfen gab. Gattermayer betätigte sich als antisemitischer Propagandist und rief bei wiederholten Gelegenheiten zum Pogrom auf. Als es in der Inflationszeit in Wien drunter und drüber ging, konnte Gattermayer sich nicht enthalten, in das Pantlaffen einen tieferen Einblick zu tun, als es ihm als Bundesbeamten möglich war. Er trat in den

### Verwaltungsrat der Straßerbank

ein und deckte mit seinem Namen die Geschäfte, die die Scheiberbank machte. Vordenschlager, Frankenschiebungen und Wechselgeschäfte waren die Tätigkeit des Unternehmens, in dessen Verwaltungsrat neben Gattermayer ein gutes Duzend Objaden saßen.

Besonders verdienstvoll machte sich Gattermayer durch seinen

### Hauserhandel mit Aktien.

die der jüdische Bankier Straßer an den Mantel bringen wollte. Gattermayer bemühte sich sehr, den Wünschen seiner Geschäftsfreunde nachzukommen und er häugte auch tatsächlich einen jüdischen Kaufmann ein Aktienpaket auf, das er für den damals nicht unansehnlichen Betrag von 75.000 Kronen empfing. Die Aktien soll er heute noch bringen. Auf solche Art bekämpfte dieser vorbildliche Nationalsozialist den Zinswucher! Aber die Frankenspekulation der Brüder Bronner und des Herrn Castiglione vertriebe. Auch die Straßerbank machte keine Geschäfte mehr. Unter den Ratten, die das sinkende Schiff verließen, war neben den jüdischen Geschäftsleuten auch der Nationalsozialist Walter Gattermayer. Der Verwaltungsrat wurde wieder arisch, die Bank rückte in den Wackelkreis der Monarchisten und als Hüter der nationalsozialistischen Interessen blieb nur Ferdinand Ertl in dem Aufsichtsrat zurück.

Als die Geschäfte Gattermayers zuerst ins Licht der Öffentlichkeit rückten, versuchte er, sich zu rechtfertigen. Seine Reimwäscherie über doch der Versuch einer solchen vollog sich in drei Etappen.

Zunächst behauptete Gattermayer, er sei in die Judenbank gegangen um die Interessen der arischen Einleger zu schützen; do er im selben Atem erklärte, er hätte keinen Einfluß auf die Leitung der Bank gehabt, glaubte ihm niemand diese Rechtfertigung.

Die zweite Entschuldigung war die, es sei die

### Judenbank eine böllische Gewerkschaftsbank

und Kreditanstalt der gelben Genossenschaften gewesen! Als der Gattermayer merkte, wie sehr er damit die Partei kompromittierte, rückte er mit der dritten Erklärung heraus, er habe „Studien“ machen wollen.

Mit diesem letzten Wackelmin brach die Rechtfertigung zusammen und es blieb dem „Lag“ vorbehalten, sie noch abzurufen. Als sie längst als Schwindel enthüllt worden war. Die Aktien schienen sich zu schließen und jedermann erwartete, daß Gattermayer jetzt aus der Leitung seiner Partei ausscheiden werde. Mit nichten! Während des Bonifantenkongresses hegte der Judenkomponant zu weiteren Pooren und auf dem Parteitag der österreichischen Faltenkreuzler hielt er eine große Rede. Auch unsere heimischen Prescher der Rinstrechtlichkeit legten sich herein für Walter Gattermayer ein. Der „Lag“ schrieb:

„Wir haben in der Angelegenheit die Zustimmung Gattermayers auf die Angriffe bezichtigt. Die Stellungnahme der deutschösterreich-

ischen Bruderpartei zu der Angelegenheit steht noch aus. Wenn schon sozialdemokratische Zeitungen keinen Anstand aufbringen, so sollte man von nationalen Blättern zumindest etwas mehr Zurückhaltung erwarten, da Schlüsse auf die Gesamtpartei, solange sie sich nicht äußert, zumindest verfräht sind. Die deutschösterreichische Bruderpartei wird jedenfalls nach gründlicher Untersuchung eindeutige Aufklärung geben, um all den niederträchtigen Verleumdungen die Spitze abzubrechen“.

„Verfräht“ war aber nur die Freiheit der Faltenkreuzler, die einen klar zutage liegenden Tatbestand als „niederträchtige Verleumdung“ abtun zu können glaubten. Gattermayer ließ alle Vorwürfe auf sich sitzen, er klagte die „Arbeiterzeitung“ an, und wenn in den nächsten Wochen von ihm weniger die Rede war, so nur deshalb, weil mittlerweile die

### Skandalaffären der böllischen Studenten

die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenkten. Diese Herren waren allzu gelehrige Schüler ihres Meisters Gattermayer. Sie betrieben ein blühendes Wechselgeschäft, das nicht nur die schäbigen Kurse von ganz Wien brachte, nicht nur den Staat um die Devisensteuer prellte, um die führenden Herren der Körverbände zu honorieren, sondern auch durch seine Geschäftsverbindung mit einem ostjüdischen Kaufmann die Nachfolgererschaft Gattermayers erwarb. Diese Herren waren allerdings auch im Warengeschäft vertier und verfrähten 5000 Mio Kaffen an jüdische Geschäftsleute, statt ihn an hungernde Studenten zu verteilen. Doch kaum war dieser Skandal ein wenig berrauht, trat Gattermayer persönlich wieder hervor.

Die Redaktionen des Faltenkreuzblattes traten in den Streit, da man sie nach allen Regeln der Ausdruckskunst schmäriegelte und an der Nase herumführte. Sie enthüllten die Zustände in der nationalsozialistischen Partei vor aller Welt und bezeugten, daß eine gewisse Frau Bauer, die von einem Juden ein Kind hat, die eigentlich tonangebende Persönlichkeit in der antisemitischen Partei sei. Man brachte

### Streikbrecher

in der „Döb“, dem Blatt der Faltenkreuzler, und man fand einen in — Gattermayer.

Das schlug aber dem Fraß den Boden aus. Die „ehrenwerten Bz.“ rückten jetzt mit allem heraus, was sie gegen Gattermayer auf dem Lager hatten. Es trat etwas ein, woran Gattermayer nie geglaubt hätte, wie die „Döb“ resigniert bemerkte. Die teutschen Herren hielten ihrem Führer nicht die Treue, sie glaubten nicht seinen Wügen, sondern den Klaren, unwiderlegten Behauptungen der „Arbeiterzeitung“, und endlich, endlich trollte sich Gattermayer mit den Worten:

„Ich siehe daher die für mich allein möglichen Folgen und räume das Feld, aus tieffe berührt über die Bankmülligkeit jener, deren Glauben an mich durch ein paar sozialdemokratische Schimpfartikel und die Lügen einiger entlassener Angestellter erschüttert werden konnte.“

Die Vorwürfe der „Arbeiterzeitung“ soll ein Komitee von Faltenkreuzlern untersuchen; es solle feststellen, ob Gattermayer ein „Streikbrecher“ sei. Vor das Gericht aber gehe er nicht. Darin sind sie alle gleich, die böllischen Felder: wenn sich nicht mit 99prozentiger Sicherheit behaupten läßt, daß das Gericht befangen und gut Faltenkreuzlerisch sein wird, so lassen sie sich nicht ein. Giller und Tidor von Eckhart, der nur in Dörchys Reich klagt (sic), und Gattermayer. Der fürchtet, er könnte für die Gerichtskosten nicht aufkommen. Das heißt, er weiß genau, daß er den Prozeß verliert, denn sonst brauchte er nicht um die Kosten zu bangen.

So ist Gattermayer ungerächt und belastet mit einem vollen Maß der Schmach von der Bühne des „nationalen Sozialismus“ abgetreten. Die nach ihm kommen, sind nicht besser. Schon ist erwiefen worden, welche Geschäfte mit Juden die Herren Zmekina, Hofmann und Marthardt getätigt haben. Auch ihre Stunde wird schlagen. Der Sumst wird die Pfanzen, die er gezeigt, wieder verschlingen. Die Spottgeburt von Dred und Berrat, von Korruption und Wvrale, von barbarischer Würdigernehmung und böllischem „Bedenmum“. Konnten durch einige Jahre eine Rolle spielen; zur Befundungsprojekt der Gesellschaft werden sie abgestochen wie Krankeleinne. Im Lager der verfallenden Bourgeoisie ist Blag für diese Desperados und politischen Strolche, die Arbeiterklasse schreitet über sie hinweg ihre Bahn unentwegt vorwärts. Und wie Gattermayer mit Schimpf und Schande davonzieht, so wird der Wackel der „nationalen Sozialismus“ seinem verdienten Zusammenbruch nitigends entgegen!

# Inland.

## Auf dem Wege in die Regierungslände.

Unter dem Titel „Die Auswertung des Wahlergebnisses“ befaßt sich der landbändlerische Abg. Windisch in der „D.“ mit den möglichen Folgen der Parlamentswahlen. Er findet u. a., daß „ein verarmtes Staat sich nicht den dauernden Zugus sozialistischer Experimente leisten darf“. Was darunter zu verstehen ist, sagt Windisch am Schlusse seines ausführlichen Artikels. Er spricht nämlich davon, daß die Sozialversicherung für selbständig erwerbende Personen in eine freiwillige (!) umgewandelt werden soll. Ein sozialistisches Experiment ist Herrn Windisch bekanntlich auch der Auktionsentwurf und die Arbeitslosenunterstützung. Gegen beide Einrichtungen ist er schon im verflochtenen Parlament Sturm gelaufen. Jetzt, wo den Landbändlern ob ihres Wahlergebnisses der Mann gewand geschwollen ist, wird der Eifer im Kampf gegen die sozialen Erwerbslosigkeiten der Arbeiterpartei bei den Herren um Windisch noch viel größer sein. Was werden hiezu jene unendlich kurzschichtigen Arbeiter sagen, die landbändlerisch wachen, weil sie das heim im Dorfe als Häusler sich als „Ziegenagrarier“ fühlen? Es ist unglücklich, aber wahr: viele solcher Fabrikarbeiter, deren ganze Existenz aufgebaut ist auf ihrer Tätigkeit in der Textil-, Glasindustrie usw., haben ihren ärgsten Feinden zum Siege verholfen. Das wird sich selbstverständlich bitter rächen. Es gibt leider genug arme Teufel, die nur durch Schaden klug werden.

Interessant am dem Artikel ist auch, unter welchen Umständen ein „erträgliches Verhältnis zwischen den in Staats bisher unterbrückten Nationen und dem schicksaligen Volk hergestellt werden kann“. Unter den Vorbedingungen hiezu nennt Windisch die „bedingungslose Wiedereröffnung der ohne Befragung der Deutschen aufgehobenen einlässigen Schulen“. Und die anderen Schulklassen sollen verloren sein? Sonderbar, höchst sonderbar! Bei Besprechung der kommenden Steuerreform meint Windisch, es dürfe „keinen Unterschied zwischen Arbeitern, Kleinlandwirten und Kleingewerbetreibenden geben“. Wohl aber zwischen dieser Gruppe und den — Großagrarier! Hieron spricht aber Windisch nicht. Er spricht auch kein Wort vom Abbau der höchst ungerechten indirekten Steuern, die viermal größer sind als die direkten. Windisch fordert lediglich noch einen „Ausgleich zwischen Großsteuer und Wassertrasssteuer“ — hat die gänzliche Abschaffung beider ungerechtesten Steuern zu verlangen. Fügen wir noch bei, daß Windisch für die anliegenden Gebirgskorke Frachtbegünstigungen usw. fordert, haben wir den wichtigsten Teil „jener brennenden Angelegenheiten, deren Ordnung weite Kreise der Bevölkerung von dem neugeordneten Parlamente erwarten“. Und Windisch fügt zum Schluß hinzu: „Sache der Vertreter bürgerlicher Parteien wird es sein, in dieser Beziehung keine Enttäuschung zu bereiten.“

Wie haben es also mit den Ausführungen Windischs als einer Art Programm der Landbändler zu tun. Wir müssen schon sagen: Sehr viel Volkfreundliches ist darin nicht erhalten. Kein Wort im wirklichen Interesse der Kleinlandwirt und Häusler, z. B. von der Sicherung des Pächterzuges und des Gemeindegutes für die wirklich Bedürftigen. Das heißt den Sozialdemokraten vorbehalten. Da Windisch und seine Vertreter der W'erschaft keine Enttäuschung bereiten wollen, müssen sie unbedingt Anschluß an die — Regierungsparteien suchen. Das ist ja das letzte Ziel der Landbändler und Christlichsozialen. Sie möchten möglichst schnell zum großen Futtertrog Vorläufig werden sie zu ihrem Schmerze noch nicht zugelassen. Sie werden sich das Vertrauen der scheidenden Mehrheit noch mehr verdienen müssen. Schließlich werden sie billiger genug zu haben sein.

### Theoretische Diskussionen.

Prag, 30. November.

„Bravo Libu“ sagt, das Projekt einer deutsch-schlesischen Regierung, bestehend aus Reichslen und Agrarlern wurde ebenso wie das Projekt einer deutsch-schlesischen Regierung, bestehend aus Sozialisten und Agrarier fallen gelassen. Diese Projekte waren eher theoretische Diskussionen, denn praktische Politik, und zwar nur, um beweisen zu können, daß die allnationale tschechische Koalition nicht die einzige Möglichkeit zur Lösung der Regierungskrisis ist und daß in deutschen und tschechischen Parteien Strömungen vorhanden sind, die nach der Feststellung der Voraussetzungen für eine tschechisch-polnische Zusammenarbeit beider Nationen in diesem Staate gerichtet sind. Wir bezweifeln auch nicht, schreibt das Blatt, daß die nationale Koalition nicht das Ideal ist, wie die nationalen Parteien behaupten. Vom Standpunkt des Sozialismus und vom Standpunkt der Konsolidierung des Staates würden wir es mit Freude begrüßen, wenn weniger ein Teil der tschechischen Arbeiter an der Regierung irgend beteiligt wäre. Beider sind die Deutschen in ihrer politischen Entwicklung noch nicht so weit und deshalb muß gewartet werden. Der „Böde“ spricht die Hoffnung aus, daß sich die Taktik der bürgerlichen Parteien der W-

vorläufig von der Politik der Kommunisten unter-
schieden werde und so dokumentieren werde, daß
sie nicht die Grundidee des wahrhaft
Parlamentarismus, dem nichts so fremd ist, wie
grundfeste und unerschütterliche Negation.

Was fordern die tschechischen Gewerkschaften von der neuen Regierung?

Der Zentralrat der tschechischen Gewerkschaften hat die Forderungen, die er an die neue Regierung stellt, folgendermaßen formuliert:

- 1. Neues Privatangestelltengesetz
2. Freizeitage, Urlaube für Heimarbeiter, ein-
heitliche Regelung des Sonntagstarifs
3. Novellierung des Gesetzes über die Betriebs-
anfassungen
4. Reform des § 82 der Gewerbeordnung
5. Gesetzliche Anerkennung der Kollektiv-
verträge
6. Neuregelung der Arbeitsvermittlung
7. Regelung des Dienstverhältnisses der öffent-
lichen Angestellten
8. Abschaffung der Subsidiarität (diese dürfen
höchstens den subsidiären Bezug der Frem-
denzölle ausmachen)
9. Reform der Rentenversicherung, Anbahnung
der Unfallversicherung auf landwirtschafliche
und Forstarbeiter
10. Reform der Gewerbeämter, Neuregelung
der Gewerbeinspektion
11. Verfolgung des Däubers und Unterstützung
der Genossenschaftsbewegung
12. Neuregelung des Arbeiterurlaubes
13. Ratifizierung aller internationalen sozialpoli-
tischen Beschlüsse des internationalen Ar-
beiterskongresses
14. Anerkennung Auklands de jure

Eine Kundgebung der Slowakpartei
in Preßburg.

Aus Preßburg wird gemeldet: Sonntag
früh trafen fast alle Mitglieder des neu konstitu-
ierten Klubs der Abgeordneten und Senatoren der
Slowakischen Volkspartei hier ein. Sie begaben
sich in den Dom, wo Abg. Andrej Hlinka eine Messe
las. Um 11 Uhr wurde auf dem Brunnplatz
von Dr. Stefflek eine Versammlung
eröffnet. Als erster sprach Abg. Hlinka, der in
seiner Rede erklärte, daß die Volkspartei auf dem
Boden der Tschechoslowakischen Republik stehe,
aber die Aufnahme des Bittsburgs als
Länder in die Verfassungsländer fördere.
Die slowakische Volkspartei werde in keine
Regierung eintreten, die nicht die Verwirklichung
der Autonomie der Slowakei in ihr
Programm aufnimmt. Ferner sprach Gernuszla
und die Abgeordneten Dr. Juriga und
Lomansk. Hiernach verlas Abg. Dr. Buday eine
in der Sitzung der Abgeordneten und Senatoren
der Volkspartei in Brno am 27. v. M.
angenommene Kundgebung, in der eine Reihe
von Forderungen der slowakischen Volkspartei
ausgesprochen wird. Unter anderem wird die volle
Selbstverwaltung in religiösen Dingen und die
Gewahrung der Religionsfreiheit durch den
Staat gefordert. Das slowakische Volk kann nur
dann gesichert sein, wenn die Slowakei ihre
eigene Administrative, ihren Bund und
ihre Verfassung hat. Die Steuerlasten müssen
herabgesetzt und vereinfacht werden. Dann
wird die Unterstützung der Entlassenen
slowakischer Beamter und Angestellter und fordert
in dieser Richtung eine eingehende Revision.
Auch wird die Errichtung eines selbständigen
Bodenamtes für die Slowakei, die Durchführung
einer Revision der Bodenbesitzung und die
Einführung der Kolonisierung von Reichsökalen
gefordert. Ferner wird die Unterstützung der
slowakischen Industrie, des Handels, des Gewerbes
und der Landwirtschaft, eine Herabsetzung der
Eisenbahntarife, die Bildung einer besonderen
slowakischen Tarifkommission, die Unterstützung
des Genossenschaftswesens usw. verlangt. Die
Kundgebung schließt sich als für ein gutes Verhältnis
zu den nationalen Minderheiten und
den Nachbarstaaten aus. Das Ministerium
für die Slowakei soll mit größerer
Vorsicht behandelt werden. Erfüllt die
Regierung diese Forderungen, kann sie mit der
Unterstützung der slowakischen Volkspartei
rechnen. Ist sie das
nicht, wird die Partei andere Wege zu ihrer
Erfüllung suchen. Nach Verlesung der Kundgebung
wurde die Versammlung beendet. Die öffentliche
Ruhe und Ordnung wurde nicht gestört.

Rundfunk für Alle!

Programme für heute, den 1. Dezember.
Stag. 90: „Der Mann hinter der Tür“. —
Brann, 90: „Lullaby“. — London, 90: Ron-
zet. — Paris, 21.30: Ronzet. — Berlin,
90.20: Wagner-Abend. — Stuttgart, 90: Kam-
meroper. — Leipzig, 90.15: Brandello-Abend.
— Breslau, 21.30: Musik und Siedel alles
alle. — München, 90: Zeitgen. Raft. —
Frankfurt, 19: „Carmen“. — Wien, 90.15:
Kammermusik. — Zürich, 21. Musik.

Sellenlängen der Stationen: Prag 148,
Brann 750, London 935, Paris 1750, Berlin 490
und 505, Stuttgart 443, Leipzig 454, Breslau 418,
München 625, Frankfurt 670, Wien 590, Zürich
515.

Der Bankrott der „Moravsko-
slezská banka“.

Vor dem Brünner Gericht.

Brinn, 30. November. Heute begann vor
dem Senate des Brünner Landesgerichtes endlich
die Verhandlung gegen die wegen des vor drei
Jahren erfolgten Zusammenbruchs der Mo-
ravsko-Slezka banka angeklagten heutigen
Direktoren und leitenden Beamten dieser Bank.
Der Prozeß dürfte etwa vier Wochen dauern.
Vorsitzender des Senates ist OVR. Kernl,
die Anklage vertritt Dr. Dvornak, unter den
Verteidigern befindet sich Dr. Goller und Dr.
Vochmann; Dr. Budinsky verteidigt sich
selbst.

Die ganze heutige Verhandlung war etwa
mit der Verlesung der Hälfte der Anklageschrift
angefüllt. Obwohl der Zusammenbruch der Bank
schon seit langem viel Staub aufgewirbelt hat, ist
merkwürdigerweise von einem Urteil des Publi-
kums so gut wie überhaupt nichts zu merken. Die
Anklageschrift spricht eine so dürftliche Sprache
über die Geschäftsführung der Bank, daß sich
jeder Zusatz erübrigt. Die wichtigsten Stellen der

Anlage-Schrift

soweit sie bisher zur Verlesung gelangt ist, lauten:
Die Staatsanwaltschaft in Brinn erhoht die
Anklage gegen den gemeinsamen Direktor der Moravsko-
slezka banka Edward Kadicek, gegen den ehemalg.
Direktor d. Bank, Anton Kolos, den ehem. Über-
sichtspräsidenten Josef Bradac, den Beamten der Tsch-
schischen Kommernzialbank in Prag Josef Zaporoz-
ny wegen des Verbrechen des Betruges
und des Verbrechen der verschuldeten
Kredite; gegen den Produzenten Franz Stojar wegen
des Verbrechen des Betruges; gegen den Advokaten
Dr. Jaroslav Budinsky, den Direktor Josef
Stamovsky, den Professor Benzel Bepo, den
Sparkasbeamteten Franz Stöger, den Direktor der
Hauptkasse der Stadt Brinn Maximilian Sypsa, die
ehemaligen Vizepräsidenten der Bank Johann
Krabal und Josef Ribal, den Privatbankier Franz
Kubicek und den Leiter des Bodenamtes
in Preßburg August Covic wegen des Verbrechen
der verschuldeten Kredite. Zaporozny hat sich außerdem
noch wegen des Verbrechen des Betruges, vertritt
durch falsche Jungenauskäse zu verantworten.

In der Klageschreibung heißt es: Im Jahre
1911 begann die Moravsko-slezka banka als Akti-
engesellschaft ihre Tätigkeit und wurde gewissermaßen
zur Nachfolgerin der tschechischen Diskontanstalt. Das
Aktienkapital betrug 3 Millionen Kronen und war in
2500 Aktien zu je 1000 K aufgeteilt. Direktor der Bank
war seit ihrer Gründung Edward Kadicek.
Der Stand der Einlagen stieg in den Jahren
1911—17 von 4.300.000 K auf 24 1/2 Millionen K;
1917 wurde das Aktienkapital auf 3 Millionen
erhöht. Bis 1920 wurde das Aktienkapital noch zweimal,
erst am 10. dann am 30. März 1920 auf 6
Millionen K erhöht, eine Reihe von Filialen, so in Prag,
Preßburg, Reuttschein, Tjean, Jvovitau, Tranttau und
Hochbrunn errichtet. Die Einlagen auf Bänder erreichten
schließlich eine Höhe von 2 1/2 Millionen K, die übrigen
22 1/2 Millionen. Im Jahre 1920 wurden bei einem
Gewinn von 4.600.000 K 9% Dividende ge-
zahlt. Nach im Jahre 1921 zeigte sich eine
Steigerung des Einkommens auf 60%, bzw. 370 Millionen
und der Geschäftsgang war nach wie vor gut.

Der Crash.

Aber schon am 17. November 1922 kam es zur
Verbindung des Moratoriums und am 11. Dezember
beschloß die Hauptversammlung die Liquidation
der Bank. Die Aktien betragen 170, die
Passiven 244 Millionen, so daß ein Abgang von 194
Millionen festzustellen war. Der Bericht des
Liquidationsausschusses wirft ein ungünstiges
Licht auf die Führung der Bank, die durch Leichtsin-
nigkeit und gewissenlose Wirtschaft den
Crash verschuldet. Als Hauptursachen wurden der
Oberdirektor Kadicek und sein Stellvertreter Kolos
genannt, die ihre Stellung zu unüberlegter
Spekulationen und zweifelhaften
Kreditoperationen mißbrauchten. Neben den leitenden
Beamten haben auch andere Funktionäre (soz. gamog)
an der Bank spekuliert und die Spekulationen, die
die Prager Filiale für die ganze Bank durchführte,
endet mit unannehmbaren Verlusten. Der Verwaltungsrat
beschloß sich nach dem Urteil des Liquidationsaus-
schusses höchst leichtfertig und leichtsinnig,
so unersättlich durch Vertrauensteiligkeit sogar die
Übergriffe der Direktoren, so daß auch er Schuld
an den Verlusten trägt. Der Aufsichtsrat vernach-
lässigte in großer Weise seine Pflichten, führte keine
ordentlichen Revisionen durch, duldet das Vorgehen
der Direktoren und die auffälligen Zahl-
fälschungen der Direktoren und die auffälligen Zahl-
fälschungen der Direktoren und die auffälligen Zahl-
fälschungen der Direktoren.

Gewinnlose Bilanzen.

In der Bilanz pro 1920 wurden nämlich Ge-
winne konstatiert und Verluste verzeichnet. Für
das Jahr 1921 wurden die sofort verfügbaren Forde-
rungen mit 78 Millionen angegeben, während sie
nur 14 Millionen betragen. Die Bilanz hielt auch
den Kurs verschiedener Papiere auf künstlicher Höhe,
daraus große Verluste erwachsen. Der

Gesamtverlust beträgt 27.451.598 K.

laut Kronenbericht. Das Bankvermögen setzte sich
aus dem Referendats und dem Aktienkapital zusam-
men, das in der letzten Bilanz mit 40 Millionen an-
gegeben war. Auch diese Zahlen wären unrichtig, da
vom der VIII. Kassation, mit der das Kapital auf die
vorgenannte Höhe gebracht werden sollte, 11.925 K

ten im Werte von 4.610.000 K zurückgegeben
waren. Dieser Betrag fehlte in dem in der Bilanz aus-
gewiesenen Aktienkapital und die Differenz zwischen
diesem Betrag und dem Zeichnungsbetrag fehlte im
Referendats, ist aber dort in der Bilanz ausgewie-
sen! Da der Verlust fünfmal höher war als das an-
gegebene, aber nicht eingezahlte Aktienkapital, war
eine Rettung der Bank unmöglich.

Verheimlichte Verluste, nicht existierende Gewinne.

Die Revisionen gelangten zur Überzeugung, daß
nicht nur die ausgewiesenen Gewinne von je über
4 Millionen in den Jahren 1920 und 1921 noch

Ein Viertel der Ausgaben für Wohnhausbauten. — 40.000 Personen
wird Arbeit gegeben. — Das Budget attio.

Der soeben fertiggestellte Voranschlag der
Gemeinde Wien für 1926 ist wieder ein prächt-
volles Dokument sozialdemokratischer Verwal-
tungsgewalt und mit ein Beweis dafür, daß das
rote Wien seine führende Stellung unter den
bestverwalteten Kommunen der Welt stets
weiter behaupten wird.

Der Voranschlag ist zum erstmaligen in der
Schillingwährung aufgestellt. Das Gesamterfor-
dernis beläuft sich auf 437.376.130 Schilling (im
Vorjahre 387.890.051 Schilling). Dazu kommen
aber noch die Investitionen der städtischen Unter-
nehmungen von 36.214.050 Schilling. Die Ein-
nahmen sollen 374.538.310 Schilling (328.786.332
Schilling) betragen. Der Gebirgungsabgang beträgt
daher 62.677.820 Schilling (59.103.719 Schilling).
Die Gesamtaufgaben sind gegenüber 1925 um
12,7 Prozent, die Gesamteinnahmen etwa um
13,9 Prozent gestiegen. Der Gebirgungsabgang ist
um 6 Prozent höher als im vorigen Jahre. So
wie 1925 wird auch diesmal der Gebirgungs-
abgang durch die Rassenbestände gedeckt,
so daß es auch für 1926 möglich sein wird, den
Abgang ohne irgend welche Steuererhöhungen
zu decken. Es wird vielmehr, wie bereits an-
gezeigt, eine namhafte Herabsetzung der
Fremdengimmerabgabe, der Bus-
fahrteilsabgabe für Theater und
Konzerte sowie die gänzliche Auf-
hebung der Steuer auf Gastautomo-
bile vorgeschlagen. Wenn man die wertverme-
hrenden Investitionen berücksichtigt, so ist die nor-
male Gebirgung der Gemeinde attio.

Wohlfahrtspflege.

Für die Wohlfahrtspflege sind Ausgaben von
67.666.340 Schilling (67.888.334) in Aussicht ge-
nommen. In der Kategorie wird das erste
städtische Erziehungshaus 1926 seiner
Bestimmung übergeben. An Stelle der in Raden
auf dem Tiroler untergebrachten Kinder-
herbergen wird ein für 360 Kinder bestimmtes
Haus auf dem Tirol errichtet werden, das
Villencharakter haben soll. Zwei dieser Hosen werden
im nächsten Jahre gebaut werden. In
Einleitung
erhielt ein neues Bezirksjugendamt,
das 14. der Gemeinde Wien. Zwei neue Schul-
kinderkliniken, neun Mutterberatungs-
stellen, 13 Jugendhorte und zehn neue
Horststellungen, 37 (!) neue Kindererziehungs-
stätten sind dadurch verdoppelt, und drei
Spielplätze werden errichtet. Die Josefstadt
bekommt ein Erziehungshaus, für die Aktion
„Schrünge auf Land“ sind 50.000 Schilling ein-
gesehen.

Weitere Fortschritte wird das Jahr 1926 auf
dem Gebiet der Tuberkulosefürsorge
bringen. Es ist die systematische Unter-
suchung aller Schulkinder auf Tuberkulose
im Rahmen des schularztlichen Dienstes geplant. Ein
neuer Versuch soll noch der Richtung hin gemacht
werden, gesunde, aber durch ihre tuberkulöse Um-
gebung gefährdete Kinder auf Kosten der Gemeinde
für eine entsprechende lange Uebergangszeit in
Familienpflege zu geben. Es wird sich dies
naturgemäß nur mit voller Zustimmung der
Eltern vollziehen können, da es sich um Fälle
handelt, bei denen das Einbreiten der Gemeinde nicht
aus dem Titel der Armenfürsorge erfolgt. Mit
tätigsten Kindern wird im nächsten Jahre der Anfang
gemacht werden.

Die Zahl der Betten für Tuberkulose
wird um Hundertvierundvierzig vermehrt. Es
werden dann der Gemeinde 3008 Betten für
Tuberkulose teils in eigenen Anstalten, teils auf
Grund von Verträgen in fremden Anstalten zur
Verfügung stehen. Vier Tuberkulosefür-
sorgestellen und zwar die in Favoriten, Weid-
ling, Rudolfsheim und Dörfing, die gegenwärtig
nur unzulänglich untergebracht sind, werden mit
einem Aufwand von 144.000 Schilling in städtischen
Reisbauten übergeben werden.

Erwähnt sei noch, daß 50 neue Stipendien
für Mittel- und Hochschüler geschaffen
werden.

sind, sondern daß in beiden Jahren ein Verlust hätte
ausgewiesen werden müssen. Dieser Betrag im Jahre
1920 2,4 Millionen, so daß die Bilanz um insgesamt
7 Millionen gestärkt erscheint. In der Bilanz für
1921 sind außerdem dem nicht existierenden Gewinn
21 weitere fiktive Posten, die zusammen die Höhe
von 42.751.965 K erreichen. Am 31. Dezember 1921
war die Bank bereits mit 19.400.000 K verschuldet.
Dieser Stand dürfte nach der Behauptung der Revi-
soren den Funktionären Kadicek, Kolos und Bradac
bekannt sein, die durch diese Machinationen den wahr-
ten Stand zu verschleiern suchten.

Die Klage erbt in dieser Fiktion der Bilanz
das Verbrechen des Betruges, da dadurch Aktionäre,
Aufsichtsbehörden und Publikum betrogen werden
sollten. Pflicht des Aufsichtsrates ist es, wenn die
Bilanz den Verlust des ganzen Aktienkapitals aus-
weist, eine Generalversammlung einzuberufen und
die Behörden zu informieren. Durch die Fiktion der Bilanzen wurde die Offen-
slichkeit betrogen die, in der Meinung, daß der Stand
der Bank günstig sei, dort ihre Ersparnisse einlegte.

Sozialdemokratische Gemeindevirtschaft:
Das Arbeitsprogramm des roten Wien
im Jahre 1926.

Die Wohnhausbauten.

Im Jahre 1924 hat die Gemeinde für Wohn-
hausbauten 61.886.760 Schilling ausgeben. Für
1925 wurden 91.123.000 Schilling veranschlagt. Bei
der vorjährigen Budgetdebatte sind lebhaftest Zweifel
dabei geäußert worden, ob es technisch und finan-
ziell möglich sein würde, einen solchen hohen Betrag
auszugeben. In Wirklichkeit aber wird sich zeigen,
daß es heute besonders guten Baumeister noch ein
erhöhter Nachtragskredit als notwendig erweisen. Es
ist deshalb für 1926 auf ein erhöhter Auf-
wand vorgesehen; 96.200.000 Schilling sollen für
Bauausgaben ausgeben werden. Damit ist für rund

vierzigtausend Arbeiter Beschäftigung gesichert!

Im Jahre 1926 sollen alle noch auf das Programm
der fünfjährigwärtigrauhend Wohnungen schwebend
Wohnungen in Angriff genommen werden. Es kann
also

bis Ende 1927 mit der vollen Erfüllung dieses
Programms

gerechnet werden, was gegenüber der ursprünglichen
Annahme die Beschleunigung um ein Bau-
jahr bedeutet.

Für die Förderung des Kleingarten-
wesens sind größere Beträge als im vorigen Jahre
eingesetzt. Die Gemeinde beabsichtigt eine Klein-
gartenunteranlage zu errichten oder allen-
falls im Einvernehmen mit den Interessenten be-
stehende Kleingartenanlagen musterartig auszuge-
stalten. Damit soll das in Wien noch fehlende Vor-
bild geschaffen werden.

Eine Ausgabenpostel im Budget sind 30.000 Schil-
ling als Preise für ein

Denkmal der Republik.

Bis 1928, der Feier des zehnjährigen Bestandes
der Republik, soll ein würdiges Erinnerungssymbol
an einer hervorragenden Stelle Wiens errichtet
werden. An alle Republikaner wird die Aufforderung
ergehen, für dieses Denkmal zu spenden. Die Ge-
meinde stellt sich schon jetzt mit der Widmung der
Vorbereitungskosten an die Spitze.

Neue Bäder und Gartenanlagen.

In der Budgetgruppe „Technische Angelegen-
heiten“ betragen die Ausgaben 62.979.420 Schilling.
Der Umbau der Brigittenauer Badesee belastet das
Budget mit weiteren 2.700.000 Schilling. Die Brücke
wird im Jahre 1926 vollendet werden. Ebenfalls im
Sommer 1926 wird ein anderer großer Gemeindebau
fertig, nämlich das Amalienbad in Favoriten. Das
Volksbad in der Apostelgasse wird durch die
Aufhebung von zwei Stockwerken vollkommen moder-
nisiert. Die Volksbäder in Mariabühl, Rudolfs-
heim und Währing werden durch Anlagen von
Brauchbädern erster Klasse, das Volksbad in Simmer-
ing, durch die Hinzufügung von Bannbädern er-
gänzt. Ein neues Sonnen- und Luftbad
ist in Ottobrunn in Aussicht genommen. Der
Verkehr zum Gärtnerhäufel wird durch Her-
stellung einer Brücke daselbst gestaltet werden. Für
drei neue Kindererziehungsstätten im Fremdenparc,
am Maragaretenringel und im Türkenschanzpark sind
232.000 Schilling vorgesehen.

Durch die Umwandlung des 55.000 Quadrat-
meter großen, schon seit Jahrzehnten nicht mehr
belegten Hundstürmer Friedhofes wird Wien eine
neue Gartenanlage erhalten. Es ist dort ein
Kindererziehungsplatz und auch ein Turnplatz
vorgesehen. Der Währingerpark und der Hirsberg-
park werden erweitert; der bisher von Schreber-
gärtnern besetzte Platz beim Technischen Museum soll
gärtnerisch ausgestattet werden.
Neue Gartenanlagen können auf den
Rattis- und Altonplatz in Fünfhaus und auf
den Endplatz in Simmering. Die wüste Fläche
auf der Brigittenauer Seite der Floridsborferbrücke
(der Engelplatz) wird in eine Gartenanlage umge-
wandelt. Dasselbe geschieht in der Kaiserwassertröge
in der Brigittenau. Auch dort ist ein Turnplatz
geplant. Der kleine, aber hübsche Hausgarten in der
Josefstadt, Runggasse Nr. 23, wird in eine öffentliche
Gartenanlage umgewandelt. Im nächsten Jahre
werden in den verschiedenen Bezirken die auf 83
Stichtagen angebrachten Baumensätze wieder aus-

# Tagesneuigkeiten.

## Die Freunde unserer Latentkrueler.

Nicht genug daran, daß in Italien jeder, der nicht Faschist ist, keinen Tag seines Lebens sicher ist, nicht genug daran, daß alles im Staate dem Faschismus nur als Beute dient — die „glorreiche nationale“ Bewegung unterdrückt alles, was nicht italienisch ist. Deutsche Schulen sind gesperrt, die deutsche Presse verboten und jetzt kommt nach dieser Tragödie der Deutschen Südtirols das Satirepiel: Der „große“ Mussolini verliert auch den Südtiroler Deutschen das Bewußtsein, daß sie zum großen deutschen Kulturkreis gehören, aus dem Herzen zu reißen, auf dem großen freien Platz vor der uralten gotischen Kirche in Bozen steht das Denkmal Walthers von der Vogelweide. Der Vogelweidehof in der Nähe Bozens soll die Heimat des größten deutschen Dichters des Mittelalters gewesen sein. Darum setzten die Bozener ihrem größten Landsmann auf ihrem schönsten Plage ein Denkmal; für jeden, der nach Bozen kam, war das Denkmal eine Erinnerung daran, daß in dieser Stadt, die unter italienischer Herrschaft steht, die deutsche Sprache klingt, daß der große deutsche Dichter auch hier geehrt wird.

Und lange erkennen auch die Italiener das Recht der anderen Völker auf ihr kulturelles Eigenleben an. Walthers Worte hatten auch in Italien Geltung: „Ich han der Lande vil gesehen unde nam der besten gerne war.“ Diejenigen aber, die heute in Italien herrschen, dürfen diesen stolzen Namen der Besten für sich fürwahr nicht in Anspruch nehmen! Schandhat auf Schandhat begehen sie in dem unglücklichen Lande. Das aber, was sie jüngst taten, ist die Krone dessen, was sich faschistische Ueberheblichkeit bisher erlaubt hat: Das Denkmal Walthers in Bozen wird entfernt, der Walthersplatz wird: „Piazza del re Vittorio Emanuele III.“ heißen! Und zwar deshalb: „Weil der „König“ für das Volk im Oberstufstuf kulturelle Errungenschaften gebracht und es befreit habe!“

So steht also die Freiheit aus, die dem von Österreich, „bedrückten Südtirol“ gebracht wurde, das sind die Befreier, die sich am Andenken der Größten einer anderen Nation vergreifen! Das ist das System, das die Latentkrueler hierzulande zu bekämpfen vorgeben, das aber in andern Ländern ihr Ziel ist. Hierzulande spüren sie die Peitsche, in Italien sehen sie die Unterdrückung unserer Brüder — und doch haben sie sich nicht entblödet, seinerzeit Mussolini zu preisen! Wie kann man es auch anders von ihnen erwarten: Mussolini hat mit der Niederknüppelung der Arbeiter begonnen; das war ihnen recht. Könnte jedoch die nationale Diktatur, das Phantom, dem sie nachjagen, ihre Erbärmlichkeit besser beweisen als durch den Sturz des Denkmals Walthers?

## Einbruch im Teplitz-Bezirksgericht.

Für 200.000 K Werksachen entwendet. — Ein freches Gaunerstückchen.

„Frisch gewagt, ist halb gewonnen“, dachten sich wahrscheinlich einige Gauner und drangen in der Nacht von Samstag auf Sonntag in das Gebäude des Teplitzer Bezirksgerichtes ein, nahmen vom Schlüsselbrett im Erdgeschoß die Schlüssel zu den Zimmern der Vorstandskanzlei, raubten dort seelenruhig die Kasse aus, nachdem sie die Rastenanlage mit Reißern zertrümmert hatten, gaben die Schlüssel wiederum an ihren Platz. nahmen aber dafür die Schlüssel zu dem ebenerdigem Verhandlungszimmer Nr. 13 und entwichen von dort durch das Fenster. Es müssen also, nach diesen Umständen zu schließen, die Diebe im Gerichtsgebäude gute Bekannte gewesen sein.

Der Diebstahl ereigte in der Stadt großes Aufsehen und auch Verwunderung, daß bei Gericht Werksachen nur in einer eisernen Kasse verwahrt werden. Dargeld wurde nicht entwendet, dafür aber fielen den Einbrechern außer einer bisher noch nicht festgestellten Menge Pretiosen, Uhren, Ketten usw. die Spareinlagebücher bzw. Blätter der Teplitzer Sparkasse fol. 82.400, 68.527, 42.977, 62.814, lautend auf 93.000 Kronen, und fol. 7.483 auf 200 Kronen, außerdem ein Einlagebuch des Sparvereines Janegg Nr. 480, ein Einlagebuch der Bank „Union“ in Prag Nr. 20.210, lautend auf 73.666 Kronen 76 Heller und ein Einlagebuch der landwirtschaftlichen Bezirksvorschule in Teplitz-Schönau fol. 49.037, Nr. 2764, lautend auf 653 Kronen 96 Heller, in die Hände. Es wird aufmerksam gemacht, falls von Personen versucht werden sollte, diese Bücher, resp. Blätter zu belehnen, sofort die nächste Sicherheitsbehörde zu verständigen. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Der Abbau der Staatsangestellten oder besser gesagt, der Austausch der Staatsangestellten, ist im vollen Gange. Aus allen Provinzialstädten kommen uns darüber Meldungen zu. Doch merkwürdigerweise die „berdeutschen“ Gebiete am meisten herhalten müssen, ist ja selbstverständlich. Trotz der feierlichen Erklärung des Ministerpräsidenten Suchla, daß die Nationalität beim Abbau nicht maßgebend sein wird, werden doch fast durchwegs nur Deutsche davon betroffen. Auf die so freigeordneten Stellen kommen lauter Tschechen. Von den Deutschen verlangt man zwar die vollkommene Beherrschung der Staatsprache, obwohl man im deutschen Gebiete wenig Gelegenheit hat, die tschechische Sprache zu verwenden, von den Tschechen aber, die ins deutsche Gebiet kommen, wird nicht einmal eine geringe Kenntnis der deutschen Sprache verlangt. Daß dadurch der Dienstbetrieb leidet, ist klar. Das

„demokratischste“ an der ganzen Aktion ist aber, daß den Abbauenden die Verschuldigung mit der Restbierung kundgetan wird, daß ihre Verbindlichkeiten — trotzdem sie 10, 20 oder 30 Jahre langlos dem Dienste verfahren —, infolge nicht genügend der Kenntnis der Staatsprache „schwer“ beschränkt“ ist, und infolgedessen alle andern Rücksichten, sowohl wirtschaftliche als auch familiäre, in den Hintergrund treten müssen. Daß muß sich ein Staatsdiener, der den besten Teil seines Lebens der Allgemeinheit gewidmet hat, vor dem Hin- und Hergehen noch sagen lassen. Eine sehr bittere Wille! Dabei muß er aber, der doch nur „beschränkt“ dienstliche Fähigkeiten besitzt, seine Nachfolger erst abrichten. Die Zahl der abzubauenden Angestellten in den verschiedensten Postämtern im deutschen Gebiete beträgt fast durchschnittlich 25 bis 35 Prozent und da das Postministerium nur 14 Prozent seines Personals, d. i. 4900 Personen abzubauen hat, werden die tschechischen Aemter nur insofern vom Abbau betroffen, als dort zwar eine Verringerung des Personals stattfindet, dieses aber nicht abgebaut, sondern in die deutschen Gebiete verlegt wird. Dadurch aber wird zweierlei erreicht: die eigenen Leute sind vom Abbau verschont und die deutschen Gebiete werden von tschechischen Angestellten durchsetzt. Der Zweck der Aktion — keine Kommerzialisierung, sondern eine Rationalisierung der Staatsbetriebe, — geht daraus wohl klar hervor!

Zankovs Gewaltregime findet eine treffende Charakteristik in einer von der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Zusammenstellung aller Blätter, die im Laufe der letzten zwei Jahre in Bulgarien eingestellt wurden. Denn Zankov, der durch die am 12. September 1923 erfolgte Annahme eines Staatsstiftungsgesetzes die gesamte Arbeiterpresse Bulgariens (30 Blätter) einstellen ließ, gab sich solange nicht zufrieden, solange noch irgendein Blatt in sehr vorsichtiger und verkappter Weise gegen seine blutigeren Gewalttätigkeiten Stellung nehmen konnte. Er ließ daher in den letzten zwei Jahren folgende Tageszeitungen einstellen: 1. „Lufsch“ (Straß), 2. „Snedba“ (Stein), 3. „Trudovo Sname“ (Fahne der Arbeit), 4. „Trudovo Glas“ (Stimme der Arbeit), 5. „Narodna Pravda“ (Volksgerechtigkeit), 6. „Bednjascha Dima“ (Stimme der Armut), 7. „Narodna Strag“ (Volkswache), 8. „Narodna Slava“ (Volksehre), 9. „Budasht“ (Zukunft), 10. „Naschi Dni“ (Unsere Tage), 11. „Novini“ (Nachrichten). Weiter wurden folgende Bauernzeitungen eingestellt: 12. „Semedeleshska Sahistina“ (Bauernverteidigung), 13. „Narodna Borba“ (Volkskampf), 14. „Rodina“ (Heimat), 15. „Narodnoplavitsa“ (Volksherrschaft), 16. „Schopki Glas“ (Bauernstimme), 17. „Narodno Sname“ (Volkshahne), und folgende Gewerkschaftszeitungen: 18. „Trud“ (Arbeit), 19. „Transport“, Organ der Transportarbeitergewerkschaft, 20. „Ucitelsto Obnistwo“ (Lehrereinheit), Organ der Volksschüler, 21. „Rabotnicesto Obnistwo“ (Arbeitereinheit), Organ des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, 22. „Rabotnitsa“ (Die Arbeiterin) und andere mehr. Auf diese Weise hat es Zankov zuwege gebracht, daß sich in Bulgarien keine Stimme der Opposition mehr erhob. Ueber das ganze unglückliche Land breitet sich Ruhe. Die Ruhe des Leichenfeldes . . .

Gegen die Auflösung des italienischen Genossenschaftsverbandes. Heute Dienstag findet im Narodni Dam in Prag-Weinberge eine öffentliche Versammlung statt, welche gegen die Vernichtung des italienischen Genossenschaftsverbandes durch die faschistische Regierung Protest erheben wird. In der Versammlung werden die Mitglieder des Verwaltungsrates des internationalen Genossenschaftsbundes, und zwar Genosse Abgeordneter Anton Dietl, Albalbert Fiser und Emil Luftig sprechen.

Widder Verleht. Gestern Nachmittag wurde am Rieglerai in Prag die 70jährige Witwe Marie Bozka aus Weinberge von einem Auto erfasst und zu Boden geworfen. Sie starb nach dem Transport ins Krankenhaus. Der Chauffeur wurde verhaftet. — Gestern kurz nach Mittag geriet in Smichow der neunjährige Josef Vankas unter ein Auto, das knapp am Felsriegel vorbeifuhr. Er starb auf dem Wege ins Krankenhaus. Den Chauffeur, der einem Fuhrwerk ausweichen wollte, trifft nach Augenzeugen an dem Unfall keine Schuld.

Ziehung der Klassenlotterie (12. Tag). Gestern wurden 40 und 77 als Grundzahlen gezogen. Es gewinnen: 20.000 K das Los Nr. 72.640; 10.000 Kronen die Lose Nr. 14940 und 122740; 5000 K die Lose Nr.: 10140 16677 96077 102877 103240 128177 129077 171077 192340 201177 238277. 2000 K die Lose 2877 28177 30940 47977 66740 77440 81040 91640 135477 199940 144877 144940 147077 151540 154177 166277 167440 178277 188477 185740 192277 195440 200777 205940 209677 212777 212877 226477 246677.

Ueber die Wahlen in die Rationalversammlung im November 1925 bringt ausführliche Daten die sieben erschienenen Nr. 123 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“, und zwar als amtliche, vom Ministerium des Innern mitgeteilte Ergebnisse der 1., 2. und 3. Stimmzettel. Die Wahlergebnisse werden, gegliedert nach den einzelnen Wahlkreisen, in Grund- und Verhältniszahlen gebracht. Die „Mitteilungen“ sind in allen Buchhandlungen für 1 K erhältlich.

Prager Chronik. In der Nacht auf Sonntag verlegte in Malle der 33jährige Geschäftsbdiener Josef Poppißl seiner Frau fünf Messerstiche in die linke Brustseite und fügte ihr schwere Verletzungen zu. Auf die Hilferufe der Frau eilte die Sicherheitswache herbei. Poppißl versuchte insognito sich selbst zu erschicken. Beide wurden von der

Rettenungsstation auf die Klinik gebracht. Nach der ärztlichen Behandlung wurde Poppißl in Haft genommen. Die Tat verübte er, weil seine Frau es abgelehnt hatte, weiter mit ihm zu leben.

Von „Ahm“. Der ehemalige Staatssekretär August Müller erzählt über Wilhelm I. eine Episode, die der Vergessenheit entrissen zu werden verdient. Auf einem militärischen Bankett am Abend zu dem der französische Militärattache im Frühjahr 1897 geladen war machte der etwas weinselige Kaiser dem Marquis de la Roche Andonungen über den deutschen Aufmarschplan, die mehr oder minder das ganze schlesische Aufmarschprojekt den Gegner im künftigen Weltkrieg vertreteten. General Schlieffen war derart erschüttert über diese Ungeheuerlichkeit, daß er sich vorzeitig entfernnte, weil er seine innere Erringung nicht mehr mitteilen konnte. Wegen der Schlieffen'schen „Rationalisierung“, dem Aufmarsch und Vormarsch durch Belgien, ist Deutschland bekanntlich mit in erster Linie in den Krieg hineingeschlittert. Der Kaiser aber erzählt dieses „Geheimnis des Sieges“ dem militärischen Beobachter des „Erbeides“ beim „Sternabend“ in der Sesslaune und im Kasino-Kaufhaus. Kein Generalstabschef und kein Kanzler wagt ihm am nächsten Tage sein Amt vor die Füße! Dieses System war allerdings reif zu seinem endgiltigen Bankrott!

Ein Lessing-Zimmer in Woffenbüttel. Zur Erinnerung an Lessings Tätigkeit als Bibliothekar wurde in der braunschweigischen Landesbibliothek in Woffenbüttel ein Lessing-Zimmer eingerichtet, das mit Möbeln aus dem alten braunschweigischen Schlosse in dem Dörfchen Salsdöhlen ausgestattet ist und eine ständige Ausstellung von Bildern von Lessings Zeitgenossen, eine Sammlung der Erstaufgaben seiner Werke, Handschriften und besonders schöne Briefe enthält. Auch die wenig bekannte Totenmaske ist dort ausgestellt; ferner das erst vor kurzem angekauft und verbürgte Originalbildnis von Lessings Frau Eva, das der Münchener Bildnismaler Georg de Marees, wie aus Lessings Briefen hervorgeht, im August 1770 geschaffen hat.

Ein entsetzlicher Raubüberfall. Ein Agent aus Verbebe unter der Räuber der Ruine Waldenstein von zwei maskierten Räubern bestunungslos geschlagen und dann des Geldes beraubt, das er tagsüber einfassiert hatte. Die Verbrecher banden ihn darauf mit den Fingern an einen Telegrafenmast und legten seinen Kopf auf die Schienen der Fuhrtrahnbahn. Glücklicherweise gelang es dem Befreier, den Kopf etwas herumzudrehen, so daß ein vorbeifahrender Zug ihn nur im Gesicht verletzte. Er wurde bewußtlos ins Krankenhaus gebracht.

Wetterüberblick vom 30. November. Bei veränderlichem, zu lokalen leichten Schneeschauern neigendem Wetter hat die Temperatur in den letzten 24 Stunden weiter abgenommen. Montag früh lag sie vielfach unter minus 5 Grad Celsius. Die tiefsten Minima melden: Trautenau, Brünn, minus 8, Donnersberg, Labor, Kaschau minus 9, Rajské Teplice minus 11, Stará Dala minus 13, Schneeflocke minus 16, Rudenez minus 21 Grad Celsius. Die Luftbewegung ist gering, Nördlich und das slowakische Donauangelände sind vorwiegend schneefrei. In den Niederungen Böhmens lag eine dünne Schneedecke von meist weniger als 5 Zentimeter Tiefe. In der mittleren und östlichen Slowakei ist die Schneehöhe nach den dortigen stärkeren Niederschlägen der letzten Tage 5 bis 20 Zentimeter hoch. — Wahrscheinliches Wetter vom Dienstag: Wechsel bis vorwiegend bewölkt, fischweise leichte Schneeschauer, sonst trocken, Frost.

## Der Sternenhimmel im Monate Dezember.

Um die Mitte des Monats, gegen 8 Uhr abends, finden wir im Westen die Sternbilder Lezer, Schwan, Adler und Delphin. Anschließend daran gegen Süden die Sternbilder Pegasus, Andromeda, Perseus und Fuhrmann. Von den Sternbildern der Ekliptik sind auffallend der Widder, der Stier mit den Plejaden und Hyaden und die Zwillinge mit den hellsten Sternen Kastor und Pollux. Gegen Norden stehen die bekannten Sternbilder: der große Bär, der kleine Bär mit dem Polarstern und der Drache. Im Osten erhebt sich das prachtvolle Sternbild des Orion.

Die Sonne tritt am 22. in das Zeichen des Steinbockes. Sie erreicht am diesem Tage ihren südlichsten Stand, ihre Deklination beträgt 23 Grad 27' südlich. Die Sonne wendet sich dann wieder nordwärts, ihre südliche Deklination nimmt ab. Monatsphasen sind: leitet Viertel am 8., Neumond am 15., erstes Viertel am 22., Vollmond am 30.

Merkur befindet sich am 31. in der größten westlichen Elongation und kann um diese Zeit leicht am Morgenhimmel gefunden werden.

Venus ist Abendstern und geht Ende des Monatses 3 1/2 Stunden nach der Sonne unter.

Mars befindet sich im Sterngebilde der Waage, er geht 5 Uhr früh auf.

Jupiter geht zu Beginn des Monatses gegen 7 Uhr abends, Ende des Monatses gegen 5 Uhr 45 Min. abends unter.

Saturn steht im Sterngebilde der Waage und geht Ende des Monatses bald nach 4 Uhr früh auf.

Mondparabergänge: 13. vorm. 10 Uhr 14 Min. Mars; 18. nachm. 12 Uhr 40 Min. Saturn; 15. früh 5 Uhr 38 Min. Merkur; 18. nachts 12 Uhr 44 Min. Jupiter; 19. früh 8 Uhr 9 Min. Venus; am 15. kommen Mars und Saturn einander sehr nahe, Mars steht 1° 47' südlich.

In der ersten Hälfte des Monatses ist ein häufigeres Auftreten von Sternschnuppen zu erwarten.

Kalender (N. A. S.)

## Sonstige Aufbaubarkeit.

Der Straßenerhaltung werden im Jahre 1926 um 800.000 Schilling mehr zugewiesen, als in diesem Jahre. Die Wasserversorgung der Josefstadt und von Reubau wird verbessert. Die Märkte, vor allem die Grobmarkthalle, werden durchgreifend verbessert und ausgebaut. Die Feuerwehr wird bedeutend ausgestattet.

## Der Sachaufwand für das Schulwesen

ist für 1926 mit 63.700.000 Schilling gegen 58.400.000 im heutigen Jahre beziffert.

## Invektionen.

Der Ausweis über die bedeutendsten baulichen und sonstigen Herstellungen und Inventarvermehrungen weist einen Betrag von 161.103.770 Schilling gegenüber 153.956.407 Schilling im Jahre 1925 aus. Damit erschöpft sich aber keineswegs das Ausmaß der von der Gemeinde geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten. In dieser Zusammenstellung sind nur jene Aufwendungen verzeichnet, die eine Wertvermehrung dauernder Art bedeuten. Es fehlen darunter beispielsweise die Ausgaben für Gebäudeerhaltung von 8.241.000 Schilling, für Kanalumbauten von 2.386.000 Schilling u. für Straßenerstellungen von 13.219.000 Schilling. Dazu kommen auf allen Rubriken zahllose kleine Einzelanschaffungen.

## Ein neuer Rechtsputsch in Deutschland?

Berlin, 30. November. (Eigenbericht.) In den rechtsstehenden Kreisen hat eine gewaltige Hege gegen den Reichspräsidenten Hindenburg eingeleitet, weil er es gewagt hatte, die Locarno-Gesetze zu unterschreiben. Der alldeutsche Verband, dessen Mitglieder zum allergrößten Teil der deutschen nationalen Partei angehören, veröffentlicht eine Erklärung, die von Drohungen gegen Hindenburg, das Reichskabinet und den Reichstag vollmehmt.

Der bülische Abgeordnete Rebenkowitz schreibt in einem Artikel, daß angesichts von Locarno für mische Zeiten für Deutschland notwendig seien. Rehnische Töne schlägt ein großer Teil der deutschen nationalen Presse an.

Offenbar glauben die Rechtsputschisten, daß die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise ihren Plänen ebenso günstig sei wie die Inflationszeit vor zwei Jahren, und sind wohl der Meinung, daß sie in ihrem Streben von den Kommunisten, die gleichfalls gegen die Locarnogesetze wüthen, unterstützt werden.

Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß das nationalitätlich-kommunistische Raschgeheiß gegen Locarno ein besonderes Echo in der Bevölkerung finden wird.

Berlin, 20. November. Der linksstehende „Montagnorgen“ teilt an der Spitze des Blattes mit, daß das amtliche Organ des Reichsbanners, welches am Dienstag erscheint, einen Aufruf „An die Gewehre“ veröffentlichen wird mit konkreten Mitteilungen über einen nahe bevorstehenden Rechtsputsch. In diesem Aufrufe heiße es u. a.: Gewissenhafte Prüfung der Nachrichten aus den letzten Wochen machen es wahrscheinlich, daß wieder einmal ein Unternehmen bevorsteht von politisch mangelhaft geschulten und Vandalismenturen, hauptsächlich Keften der Putschformationen aus dem Herbst 1923 und einem Kreis rechtsradikaler Politiker, die wegen der bevorstehenden Fememordprozesse in zweifacher Stimmung sind. Von einem übertrassenden Schlage an verschiedenen Stellen des Reiches wird das Gelingen erwartet. Die ersten Erfolge sollen auf die Reichswehr Einbruch machen. Hindenburg, so hoffen die Pläne-macher, werde einige Zeit zögern, den Befehl zum Einsetzen der Truppen zu geben. Das Reichsbanner erläßt gegen diese Putschvorbereitungen eine Warnung, die den Latentkruellern den schärfsten Kampf ansetzt.

Prager Kurse am 30. November.

Table with 3 columns: Item, 1924, 1925. Items include 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, 100 belgische Francs, etc.

Bollswirtschaft.

Die Konsumgenossenschaften im Kampf gegen den Wucher und Preistreiber.

Zeit dem Kopenhagener Internationalen sozialistischen Kongresse vom Jahre 1910 ist das Konsumgenossenschaftswesen...

Die sehr dieses Wissen um die Klassenkämpferische Bedeutung der Konsumgenossenschaften auch in die Gehirne der Proletarier...

Darum ist es auch gerechtfertigt, immer wieder auf die hohe Mission hinzuweisen, die das Konsumgenossenschaftswesen auf dem Wege zur Befreiung des Proletariats zu erfüllen hat...

Ein solches lehrreiches Bild bietet auch der nachfolgende Korrespondenzwechsel, den wir dem Jahresberichte einer der reichsbedeutendsten Wucher-Konsumgenossenschaften entnehmen...

An den Konsum- und Sparverein „Unterweser“ z. G. m. b. H.

Bestimmte G.

In den letzten Tagen sind uns eine Reihe von Klagen über Unterstellungen in Geseftsmünde, Begehd und Kreis Bismenhal zugegangen.

Wir erlauben Sie, unverzüglich die von den uns angeschlossenen Organisationen aufgestellten Preise und Bedingungen genauestens anzuhalten...

Oskar Wilde.

Zur 25. Wiederkehr eines Todestages.

Kein Künstler ist, an sich, krankhaft; der Künstler kann alles aussprechen.

Ende August dieses Jahres stand ich vor dem Hotel d'Alsace, dem Winkelhotel in der Rue des Beaux-Arts in Paris, in dem der Dandy Oscar Wilde am 30. November 1900 nach Laufen und letzter Delung verschied...

Wilde ist ein pathologischer Charakter. Alles Dichtertum ist pathologisch. Er hat Stenohal gefast. Denn man stelle sich vor: irgendein Mensch denkt sich irgendeine Geschichte...

Neues von den Staatsbildenden.

Minister Koval und die Brestburger Komitatsbank.

In der „Wirtschaft“ lesen wir: Knapp vor den Wahlen hielt sich Handelsminister Koval einen halben Tag in Brestburg auf...

Dieser auffallende Besuch des Ministers soll nun folgende Vorgeschichte haben: der Direktor der Komitatsbank, Ungar, hatte sich mit dem Direktor des staatlichen Krankenhauses in Brestburg, Dr. Rehal, in Verbindung gesetzt...

Wie „Bruder“ Franke abbaut.

Der nationalsozialistische Minister „Bruder“ Franke herrscht im Eisenbahnministerium unumschränkt: Sonntag veröffentlichte in der „N. S.“ der bekannte Fachmann des Eisenbahnministeriums, Sektionschef Dr. Madl ein Schreiben an die Beamten der dritten Abteilung des Ministeriums...

unbekannt sein, daß Sie als Genossenschaft verpflichtet sind,

- a) nur an Ihre eigenen Genossen zu liefern, b) die vorgeschriebenen Preise und Bedingungen der Organisationen genau innezuhalten.

Wir erlauben Sie des Weiteren, uns zu bestätigen, daß Sie in Zukunft obige Bedingungen für Ihre Haupt- und Nebenverkaufsstellen genauestens befolgen wollen.

Wir fügen eine Preisliste für Begehd und Kreis Bismenhal zu Ihrer Information bei.

Arbeitsgemeinschaft Wejer-Ems des Kohlen- und Pflanzhandels, e. B. Dr. Steyer m. p.

Die Antwort lautet:

Arbeitsgemeinschaft Wejer-Ems des Kohlen- und Pflanzhandels e. B. Bremen Büro Dr. Hofer, Langenstr. 104/6.

Auf das Schreiben vom 14. ds. M. erwidern wir höflich, daß die darin gemachten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen.

aus, quält sich selbst, während er sie niederschreibt, berauscht sich an dem Hochgefühl seiner Schöpferkraft, schafft Gestalten, spielt mit ihnen wie Kinder mit Puppen, nimmt diese Puppen auseinander, um zu zeigen wie sie außen und innen beschaffen sind...

Oskar Wilde nun, war noch abnormaler, noch weiter gerückt von der geeigneten Strie des künstlerisch Pathologischen:

Schon 1878 kündigt sich der große Verführer in „Ravenna“ an, einem Jugendpoem, dessen Syril elektrisch ist. Aber erst 1890 wird Wilde der erklärte Biebling der City, als das „Bildnis des Dorian Gray“ erscheint, voll unerhörter Pracht...

Funktion entkleidet wurde, wurde mir die Möglichkeit genommen, mich von Ihnen in den Räumen zu verabschieden, wo wir gemeinsam so lang und schwer gearbeitet haben.

Die Gemälde Frabdas in der „Kotwa“.

Ueber die Gemälde der „Kotwa“ schreiben „Libove Roviny“:

Die Waffe hat mit Kohle, Holz, Kupfer, Mehl, Fleisch, Schuhen, Mänteln, Kupfer und sogar mit Wildern große Gemälde gemacht. In einer Zeit, da das Budget des Landes Böhmen ein Defizit von ungefähr 130 Millionen Kronen aufwies...

gegnerwärtigen Kampf gegen den Wucher zuleiten werden. Wir können schon heute erklären, daß wir uns strikte weigern müssen, uns zu Maßnahmen verleiten zu lassen...

Hochachtungsvoll (Unterschrift).

Der Brief der „Arbeitsgemeinschaft“ — (auch eine Arbeitsgemeinschaft) — Wejer-Ems des Kohlen- und Pflanzhandels ist dadurch verursacht worden, daß die Kohlenabgabe der genannten Konsumgenossenschaft an ihre Mitglieder gegen Ende 1924 außerordentlich zunahm.

Da sprechen wieder einmal die Tatsachen für sich. Es ist bei aller Vorsicht, die der Konsum- und Sparverein „Unterweser“ in seinem Antwortschreiben verwendet, doch kein anderer Weg möglich, als derartige Händlerpraktiken mit den Begriffen des Wuchers und der Preistreiber zu identifizieren.

aber verbringt er in jenen Höhlen, wo Thierier geraucht wird, und träumt: „Ein zufälliger Farbton in einem Zimmer oder am Morgenhimmel, ein eigener Duft, den du einst liebtest und der keine Erinnerungen mit sich bringt, eine Zeile aus einem vergessenen Gedicht, das du einmal lasest, eine Taktfolge aus einer Melodie, die du nicht mehr spielst...“

nis, das da zu Ungunsten der Verbraucher zwischen ihnen und der Händlerchaft besteht. Es lehrt aber auch die stets wachsende Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Darum ist die regste Anteilnahme des Proletariats an der Entwicklung der Konsumgenossenschaften nicht nur ein Gebot der Pflicht, sondern auch die ausschließliche Bedarfs- und Beding durch den Konsumverein ein Gebot der proletarischen Vernunft.

Kurssturz der polnischen und französischen Währung.

Wir haben bereits vor einigen Tagen an leitender Stelle darauf hingewiesen, in welcher schwierigen Lage sich sowohl Frankreich als auch Polen infolge zerrütteter Finanzverhältnisse befinden. Die geistigen Kräfte zeigen bereits, wie sehr die Finanzkrise der beiden Staaten in dem Verdrückung ihrer Währungen zum Ausdruck gelangt.

Was den französischen Franc betrifft, hat er in Prag seinen Wert nahezu behauptet. Der Mitteltkurs betrug Montag etwa 132. Dagegen ist an der Züricher Börse der französische Franc gesunken, und zwar von 21.80 auf 20.17.

Der Kurssturz der französischen, aber insbesondere der polnischen Währung, bedeutet für die Staatsmänner der beiden Länder eine erste Mahnung, die finanziellen Verhältnisse ihrer Staaten in Ordnung zu bringen.

Passive Handelsbilanz im Oktober.

Laut der vom Statistischen Staatsamt zusammengestellten Uebersicht betrug die Einfuhr in die Tschechoslowakische Republik im Monate Oktober 1.796.101.052 Kronen.

Internationaler genossenschaftlicher Warenverkehr.

Wie die „Arbeiter Zeitung“ berichtet, ist eine Delegation österreichischer Konsumgenossenschaftler in Moskau eingetroffen, um dort wegen der Ausgestaltung der Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften zu verhandeln.

Unabhängig davon, begrüßen wir jedoch freudig den Fortschritt, den die Idee des internationalen genossenschaftlichen Güterausstausches allen Widerständen zum Trotz macht.

Im Mai 1897 verläßt er das Gefängnis und fährt nach Dieppe, dem Badeort an der normannischen Küste, mit zwei Manuskripten in der Tasche, der „Epistola in carcere et vinculis“ und der „Florentinischen Tragödie“.

1905 wird er vor der Gesellschaft rehabilitiert: „De profundis“ bringt das wunderwolle Christuskapitel aus der „Epistola“, das das Fortleben seines poetischen Genies bezeugt.

Walter Laub.

Mitteilung aus dem Publikum.

VERSAL... ALLERLEI ERHALTLICH... WASHMittel UNSCHADLICH SCHONT DIE WASCHE

Reglans, Angüge, Pelze in großer Auswahl... Moravia, Prag, Bäckstraße nam. 15. 3732

Mädchen-Mäntel für das Alter von 12 bis 18 Jahren in reichster Auswahl...

Verbandstag der Union der Textilarbeiter in Reichenberg.

Erster Tag.

Reichenberg, 30. November. Heute wurde der Verbandstag der Union der Textilarbeiter im festlich geschmückten Saale des Volksgartens in Reichenberg eröffnet...

Kunst und Wissen.

„Rosenkavalier“ mit Michael Bohnen. Nachdem man Mayr, der als der beste „Doh“ gilt, kurz vorher wieder einmal in dieser seiner Glanzpartie gehört hatte...

„Der müthige Seefahrer“, Komödie von Georg Kaiser (Kleine Bühne). Zur Führung der öffentlichen Meinung soll bekanntlich strafbar sein...

stungen der Darstellung, deren Kunst eines besseren Objektes wert gewesen wäre.

Professoren-Konzert der Prager deutschen Musikakademie. In eigener Sache, das heißt zu Gunsten des Lehrkörpers der Anstalt, hat die finanziell schwer bedrängte Prager deutsche Musikakademie am vergangenen Samstag im Spiegelsaal des Deutschen Hauses ein fest- und Propaganda-Konzert veranstaltet...

„Hafemanns Töchter“, das vieraktige Volksstück von L'Arronge, das vor Jahrzehnten ein Stück großer Bühnen war, da der Spieler bekanntlich niemals glücklicher ist, als wenn er über seine (unerwartete) Karikatur lachen kann...

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Dienstag „Wallensteins Lager“, „Piccolomini“, Mittwoch „Wallensteins Tod“, Donnerstag „Orlova“, Freitag „Rigoletto“, Samstag „Dreimäderlhaus“, Sonntag vortrittig Kammermusik, nachmittags Arbeiter-Vorstellung „Hoffmanns Erzählungen“, abends „Cio-Cio“, Montag „Lady Janny“...

IM RAHMEN DES PREISAUSCHREIBENS: PRAG - PARIS. Die WEIHNACHTSOKKASION BEGINNT MIT HEUTIGEM TAGE. IM ALTESTEN U. GRÖSSTEN SEIDENHAUS EPHRAIM LOBL PRAGI, PŘÍKOPY.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisations-, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckwerken wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsblätter, Zirkulare, Mitglieds- u. Ehrentafeln, Plakate, Flugblätter, Fiktoren, Briefpapiere usw. in solider und rascher Ausführung.

Literatur.

Cetsołovenska pozemková reforma u. Ähnlich a diagrames. Die tschechoslowakische Bodenreform in Zahlen und Diagrammen. Admin. der „Pozemková reforma“ Prag II., Bäckstraße nam. 801. Preis 6 Kš.

Turnen und Sport.

DJK Prag gegen SK Jugoslawia Belgrad 11:0 (6:0). DJK gestaltet seine Jugoslawien-Tournee zu einem schönen Erfolg, den man leider zu Hause zu sehr vermißt. Man spielt mit Eifer und wie man sieht, wird aufs Tare fest drauflosgepulvert...

DJK Amateure gegen SK Malostranský 4:1 (1:1). Während die Profis dem Verein des öfteren herbe Enttäuschungen bereiten, ist es jedenfalls immerhin erfreulich, eine Mannschaft zu besitzen, die, obwohl Amateure, für ihre Farben das Beste geben. Und so heften sie einen Erfolg an den anderen und man kann ruhig und ohne Ueberhebung sagen, daß die Amateur-EF des DJK derzeit sich mit jedem Gegner der tschechischen Amateurliga, aber noch vielmehr mit jenen der deutschen messen kann...

Deutsche Sportbrüder Prag gegen DSK Sturm Prag 6:3 (3:3). In der Meisterschaft trennten sich beide mit einem Unentschieden (2:2) und daher kommt der Sieg der Sportbrüder ziemlich überraschend. Sturm war und ist nicht besser als die Sportbrüder, aber vor dem Tore war er recht langweilig...

SK Sparta gegen SKA Brno 2:1 (1:1). Ein Meisterschaftsspiel, das einen unrechtmäßigen Sieger brachte. Der Formrückgang bei der Sparta ist zu auffallend und wenn sich das nicht bessert, wird man ja schöne „Erfolge“ auf der Spanier-Tournee zu Gesicht bekommen...

Sonntäglich Fußball. Prag: Slavia gegen Celtic VIII 6:3 (2:2); ein Meisterschaftsspiel, bei dem Slavia wahrscheinlich auch den Kürzeren gezogen hätte, wäre der Schiedsrichter nicht hilfreich gewesen; zwei Elfer und vier Ausfälle bei Celtic brachten erst die zwei Punkte und nachträglich noch einen Protest des Unterlegenen (Samstag). DSK gegen Celtic Karlín 2:1, Liben gegen SK. Modno 3:1, Meteor VIII gegen Slavia Zizkov 9:1, Viktoria Zizkov gegen Kufelshy SK. 2:0, Union Zizkov gegen Olympia 8:0, Slavia gegen Cetsołovian Roske 3:2 (2:2). Dieses Freundschaftsspiel mit dem Amateurrein brachte nur wieder eine magere Ausbeute und so ist das als Rebange gedachte Treffen nur eine blamable Sache für die Slavia geblieben...

PHILIPS. Ist der Empfang Ihres Apparates nicht befriedigend? Eine vollkommene Klangreihe u. tadellose Reproduktion erhalten Sie nur mit PHILIPS-Radiolampen. Überall erhältlich.

eingegen Slavia 5:1, Admira gegen Rapid 2:0, DSK gegen Sportklub 3:1, Vienna gegen Wacker 4:2, Sakoag geg. Rudolfský 4:0. — Deutschland: FC. Nürnberg gegen ASV. Nürnberg 2:4 (1:1); SpVg. Fürth gegen VfR. Fürth 6:0, Wacker München gegen 1860 München 1:2. — England: Bolton Wanderers gegen Cardiff City 0:1, North County gegen Tottenham Hotspur 4:2, West Ham United gegen Huddersfield 2:3. — Schottland: Keith R. gegen Aberdeen 0:1, Johnstone gegen Celtic 0:3.

Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege in Deutschland hielt in Leipzig eine Konferenz der Landesstellen ab, um die Erfahrungen aus dem Verkehr mit den Staats-, Provinzial- und Gemeindebehörden gegenseitig auszutauschen. Aus dem Referat des Geschäftsführers Bildung und der lebhaftesten Aussprache konnte man entnehmen, daß mit Ausnahme Bayerns alle Länder den Wert der körperlichen Erziehung erkannt haben. In Bayern der monarchistischen Restauration behandelt man die Arbeiterschaft als den inneren Feind und sucht ihren kulturellen Aufstieg in der kleinlichsten Weise zu verhindern. Dagegen sind die Aufwendungen des preussischen Staates für die Jugendpflege recht erfreulich und es ist den Arbeitersportvereinen dringend anzuraten, sich den Jugendpflegeauschüssen anzuschließen. Recht erfreulich konnten die Vertreter aus Sachsen, Baden, Hessen, Anhalt, Bitter und den hanseatischen Städten berichten, wo man überall für die Arbeiter-Sportbewegung viel Verständnis aufbringt. Dagegen wurde noch vielfach darüber geklagt, daß die Arbeitervertreter in den gefestigten Körperchaften noch nicht das notwendige Verständnis für den Arbeitersport aufbringen. Es wurde beschlossen, daß Vereine und Ortsgruppen, die sich von den Zentralverbänden abgesplittet haben, vom 1. Jänner ab den Ortsstellen nicht mehr angehören dürfen. In Frage kommen vor allem der Radfahrerbund „Freiheit“, der proletarische Gesundheitsdienst und Wandergruppen außerhalb des Touristenvereins „Naturfreunde“. Die deutsche Arbeitersport-Zeitung soll in Zukunft alle 14 Tage erscheinen.

Herausgeber Dr. Ludwig Czec. Verantwortliche Redaktion Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag. Für den Druck verantwortlich C. Holst.

BÖHMISCHE UNION-BANK. Eingezeichnetes - Aktienkapital 200.000.000 Kš. Reservafond 99.400.000 Kš. FILIALEN: Asch, Bratislava, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek in Schlesien, Gablonz, Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königshof a. E., Marienbad, Mährisch-Ostrau, Mähr.-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Prossnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Teplitz, Schönau, Trautenau, Troppau. Telefon-Nr. 2006-2110, 6980-6989 7933-7936 und 7988. Depeschenadresse: UNION-BANK. Kommandant in Wien. Durchführung aller bankgeschäftlicher Transaktionen.

Alle Bücher liefert rasch und billig die Volksbuchhandlung Kromer & Co. Teplitz-Schönau, Hohenelbergstraße 18-26. Großer Lager in preiswertem Gelegenheitskauf. Bergschätze (ebenfalls auf Wunsch kostenlos).